



SCHWEIZER REVUE

Die Zeitschrift für Auslandschweizer
Februar 2021

**Schweizer Frauen dürfen wählen:
Seit 100, seit 75 oder erst seit 50 Jahren?**

**Bruno Manser, unser Mann im Urwald:
Ein grosses Leben, jetzt auf der grossen Leinwand**

**Betty Bossi, unsere Frau am Herd:
Warum sie in fast jeder Schweizer Küche steht**

RENDEZ-VOUS MIT DER SCHWEIZ

Pünktlich um 5!



Die App für Schweizerinnen
und Schweizer im Ausland



MIT TISSOT, DEN „INNOVATORS BY TRADITION“, ZURÜCK ZU DEN WURZELN

Die Geschichte von Tissot begann 1853 im beschaulichen Schweizer Le Locle. Inzwischen ist die Marke der Marktführer nach Volumen im Bereich traditioneller Schweizer Uhrmacherei. Das Traditionshaus ist stolz auf seine Wurzeln und konnte sich im Ausland als Botschafter positionieren, indem es Werte wie Tradition und Innovation transportierte. Über den ganzen Lauf seiner Geschichte prägte Tissot all seine Produkte mit diesen beiden Eckpfeilern. Mit der Registration bei SwissCommunity Netzwerk bedankt sich Tissot bei Ihnen, liebe Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, Botschafterinnen und Botschafter unseres Landes in der ganzen Welt, indem sie Ihnen auf ihrer offiziellen Website einen Rabatt von 15% auf die gesamte Kollektion gewährt.

www.swisscommunity.org/tissot - Official website | Tissot (tissotwatches.com)



Auslandschweizer
Organisation

Die Auslandschweizer-Organisation erfindet sich neu

- Neue Website
- Neue Online-Community
- Neuer Online-Auftritt der «Schweizer Revue»
- Neues Design
- Alles in einem

Besuchen Sie unsere neue Website www.SwissCommunity.org und schliessen Sie sich unserer neuen Gemeinschaft an, um starke und dauerhafte Verbindungen mit anderen Schweizerinnen und Schweizern aus der ganzen Welt zu knüpfen.

Unsere Partner:



Swiss Travel System.



SWI swissinfo.ch

Demokratie mit Verspätung

4 Schwerpunkt

Frauenstimmrecht: Der späte Durchbruch vor 50 Jahren

8 Gesehen

Eine kleine Bleistiftfabrik wird zur Weltmarke: Caran d'Ache

10 Reportage

Mitholz, das Bergdorf auf dem Pulverfass

13 Literaturserie

Wie Germaine de Staël Napoleon Bonaparte zur Weissglut brachte

14 Gesellschaft

Betty Bossi, die Köchin, die in jeder Schweizer Küche mitmischt

Nachrichten aus Ihrer Region

17 Politik

Viel Rückhalt und doch gescheitert: Die Konzernverantwortungsinitiative
Umstrittene Alternative zu all den vielen Passwörtern

20 Portrait

Bruno Mansers Leben für den Urwald auf der grossen Leinwand

22 Corona-Pandemie

Zweite Welle trifft die Schweiz hart

24 SwissCommunity

Die «Schweizer Revue» im Urteil ihrer Leserschaft: die Umfrageresultate

29 Leserbrief

31 Nachrichten



Sie ist heute Auslandschweizerin, lebt in Deutschland, zählt 77 Lenze und sagt von sich, sie nehme an jeder Eidgenössischen Abstimmung teil. Hanna Sahlfeld-Singer, von der hier die Rede ist, würdigt damit Mal für Mal, was sie selber erkämpfen half. Sie zählt nämlich zu den vielen engagierten Kämpferinnen fürs Frauenstimmrecht in der Schweiz. Und sie zählt zu den wenigen Frauen, die vor 50 Jahren als Erste in den

Nationalrat einzogen. Das Titelbild der aktuellen «Schweizer Revue» zeigt Hanna Sahlfeld-Singers grossen Moment unter der Bundeshauskuppel: Hier legt sie 1971 ihren Eid auf die Verfassung ab. Zugegeben, die neugewählte Parlamentarierin hatte etwas Mühe, überhaupt ins Haus zu kommen: Man verwies sie zunächst zum Besuchereingang. Eine vielsagende Reminiszenz.

Von Australien (Frauenstimmrecht seit 1902) über Aserbaidschan (1918), Albanien (1920) bis zur Zentralafrikanischen Republik (1946) und Zypern (1960): Alle erwachten sie früher. Warum beharrte ausgerechnet die Schweiz als eine der ältesten Demokratien der Welt so lange darauf, die halbe Nation – die Frauen – aus dem politischen Leben auszuschliessen? Andernorts führten spätestens die beiden Weltkriege zu riesigen gesellschaftlichen Umwälzungen. In der Schweiz aber verharrte die Männerwelt lange im Glauben, das Frauenstimmrecht sei zu kühn, unnötig und sogar unnatürlich. Darum sagt die in unserem aktuellen Schwerpunkt zitierte Historikerin, es sei reiner Unwille gewesen.

Zum ganz anderen grossen Thema: Die zweite Welle der Corona-Pandemie hat die Schweiz wuchtig erfasst. Wir blicken auf Festtage zurück, die kaum Gemeinsamkeit zuliessen. Auch Zehntausende Auslandschweizerinnen und -schweizer konnten ihre Freunde, ihre Nächsten und ihre Orte der Erinnerung in der alten Heimat nicht besuchen. Der Austausch zwischen hier und dort wurde zur reinen Bildschirmangelegenheit, während der wir zunehmend merken: Wirklich persönliche Begegnung lässt sich nicht technologisch simulieren.

MARC LETTAU, CHEFREDAKTOR

PS: Online finden Sie alle Inhalte der «Revue» in neuer, frischerer Aufmachung, und zwar auf der Informationsplattform swisscommunity.org. Die Herausgeberin der «Revue», die Auslandschweizer-Organisation, präsentiert auf dieser neu entwickelten Plattform auch alle ihre übrigen Angebote. Zudem wird die Auslandschweizer-Organisation selbst in Zukunft vermehrt unter dem Label «SwissCommunity» auftreten.

Titelbild: Vereidigung von Nationalrätin Hanna Sahlfeld-Singer am 13. Dezember 1971 vor der vereinigten Bundesversammlung im Bundeshaus in Bern. Foto Keystone

Herausgeberin der «Schweizer Revue», dem Informationsmagazin für die Fünfte Schweiz, ist die Auslandschweizer-Organisation.



Beim Frauenstimmrecht verspätete sich die Schweiz ganz bewusst

Erst vor fünfzig Jahren – 1971 – erhielten die Schweizer Frauen das Stimm- und Wahlrecht, nach hundert Jahren Kampf dafür. Zu den allerersten Parlamentarierinnen im Bundeshaus zählt Hanna Sahlfeld-Singer: «Es brauchte immer viel Willen», erinnert sich die heutige Auslandschweizerin.

SUSANNE WENGER

Der Tag, an dem die Schweizer Frauen offiziell zu vollwertigen Bürgerinnen wurden, lässt sich genau datieren: Es war der 7. Februar 1971. Bei einer geschichtsträchtigen Abstimmung erhielten die Schweizerinnen das aktive und passive Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene zugesprochen.

Das heisst: Sie konnten fortan an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen, für das Parlament kandidieren, Volksinitiativen und Referenden unterschreiben. Das Bemerkenswerte: Die Männer entschieden, denn ihnen allein standen bis dahin alle politischen Rechte zu. Vom Stimm- und Wahlrecht, wie es seit der Gründung des Bundesstaats 1848 bestand, waren die Frauen ausgeschlossen.

Noch 1959 hatten die Schweizer Männer in der Politik mehrheitlich unter sich bleiben wollen. Mit fast siebzig Prozent Nein-Stimmen lehnten sie das Frauenstimmrecht auf eidgenössischer Ebene ab. Zwölf Jahre danach war dieses aber nicht mehr aufzuhalten. «Nicht als Bittende, sondern als Fordernde stehen wir hier», hatte die spätere Zürcher Ständerätin Emilie Lieberherr an einer grossen Demonstration auf dem Bundesplatz verkündet. Zwei von drei Schweizer Männern legten ein Ja in die Urne. Schon im Herbst 1971 fanden die ersten nationalen Wahlen mit Frauenbeteiligung statt. Elf Nationalrätinnen und eine Ständerätin wurden «ehrvoll gewählt», wie die Filmwochenschau berichtete.

Was die Pionierin erzählt

Von diesen Pionierinnen sind heute noch zwei am Leben: die Walliserin Gabrielle Nanchen und die St. Gallerin Hanna Sahlfeld-Singer, beide Sozialdemokratinnen. Hanna Sahlfeld lebt inzwischen in Deutschland, wo ihr Ehemann herkommt. Bei der Wahl in den Nationalrat war die Theologin 28 Jahre alt und Mutter eines einjährigen Kindes. «Der erste Tag im Bundeshaus war aufregend», blickt die

77-Jährige im Gespräch mit der «Schweizer Revue» zurück. Als sie das Machtzentrum in Bundesbern betreten wollte, verwies man sie zunächst an den Besuchereingang des Bundeshauses. Über die Anekdote kann sie heute lachen. Doch die Schilderung illustriert, welche Widerstände es zu überwinden galt.

Eine Frau als reformierte Pfarrerin, mit politischem Gestaltungswillen, eine berufstätige Mutter, mit einem Ausländer verheiratet: «Das hat viele Menschen überfordert», stellt Sahlfeld fest. In Reden zum Nationalfeiertag warb sie um 1970 für das Frauenstimmrecht. Die Reaktionen waren heftig. Nicht sie selber wurde freilich mit der Kritik konfrontiert: «Die Leute wussten, dass sie mich nicht umstimmen konnten.» Vielmehr habe sich ihr Ehemann – Pfarrer auch er – einiges anhören müssen. Doch dieser habe sie immer unterstützt, sagt sie.

Zum Verzicht auf den Beruf gezwungen

Hanna und Rolf Sahlfeld wollten sich die Erziehungs- und Erwerbsarbeit teilen. Ihr Familienmodell stach aus den gängigen Rollenbildern heraus. Auf ihr Pfarramt musste die aus einer Arbeiterfamilie stammende Ostschweizerin dann aber zugunsten des Nationalratsmandats verzichten. So wollte es das Gesetz, ein Überbleibsel aus dem Kulturkampf zwischen Kirche und Staat. Die Regelung habe sich an katholische Priester gerichtet: «Hundert Jahre lang dachte kein Mensch an eine junge Frau.» Um politisieren zu können, nahm Hanna Sahlfeld fortan zuhause die traditionell ehrenamtlichen Aufgaben der Ehefrau eines Pfarrers wahr. Als Nationalrätin setzte sie sich unter anderem dafür ein, Frauen sozial besser abzusichern und auf den Strassen das Tempo zu reduzieren.

Einen indirekten Erfolg erzielte sie ausserhalb des Ratssaals, allein dadurch, dass jetzt weibliche Biografien im Bundeshaus vorkamen. 1972 wurde sie zum zweiten Mal Mutter, als erste Nationalrätin im Amt. Die Medien berich-





teten darüber und erwähnten, dass ihre Kinder wegen des ausländischen Vaters nicht die Schweizer Staatsbürgerschaft besaßen. Hanna Sahlfeld selber war bei der Heirat lediglich auf Antrag Schweizerin geblieben. Eine Benachteiligung der Frauen, die viele binationale Familien betraf. 1978 wurde sie aufgehoben. «Danach konnten auch viele Auslandschweizerinnen ihre Kinder zurückbürgern», sagt Sahlfeld.

«Ebenso neu wie kühn»

Bei den politischen Frauenrechten gehörte die Schweiz mit Portugal und Liechtenstein zu den Schlusslichtern Europas. Zum Vergleich: Deutschland hatte das Frauenwahlrecht 1918 eingeführt, Frankreich 1944, am Ende der Weltkriege mit ihren Umbrüchen. Diese blieben in der Schweiz aus. Und das Frauenstimmrecht musste die Hürde eines Urnengangs nehmen. Doch das erklärt nicht ganz, warum es damit ausgerechnet in einer der ältesten Demokratien so lange dauerte. Die Historikerin Caroline Arni kommt im 2020 erschienenen Buch «Jeder Frau ihre Stimme» zum Schluss: Frauen politische Rechte vorzuenthalten, war in der Schweiz ein wiederholt getroffener und

bekräftigter Entscheid: «Es handelt sich nicht um ein Zuspätkommen aus Vergesslichkeit, kein Stottern im Motor der Moderne.»

Die «männerbündlerische Kultur» der Schweiz, beeinflusst von den alten Gründungsmythen der Eidgenossenschaft, sei mitverantwortlich gewesen, fügt der Politologe Werner Seitz an. Auch gab es quer durch die sozialen Schichten die Vorstellung einer festgefühten Geschlechterordnung. Die Juristin Emilie Kempin-Spyri bekam das schon 1887 zu spüren. Weil ihr als Frau das aktive Bürgerrecht fehlte, konnte sie nicht als Richterin arbeiten.

Hanna Sahlfeld an ihrem ersten Tag im Nationalrat – sekundiert vom rauchenden SP-Ständerat Matthias Eggenberger und SP-Nationalrat Rolf Weber.

Archivbild Keystone, 1971



Ein halbes Jahrhundert später: Die vom Publikum umringte Hanna Sahlfeld im Bundeshaus, während eines Anlasses zum Thema «Frauen können alles».

Archivbild Keystone, 2019

Der Teppichklopfer als schlagendes Motiv. Abstimmungsplakat zur Zürcher Frauenstimmrechtsvorlage von 1947.

Foto Keystone



Das Ja-Lager warb mit Argumenten: «Ein freies Volk braucht freie Frauen» (1946).

Plakatarchiv Museum für Gestaltung Zürich



Sie klagte beim Bundesgericht und unterlag. Ihre Argumentation, das Wahlrecht in der Verfassung umfasse auch die Frauen, bezeichneten die Richter als «ebenso neu wie kühn».

Persönlichen Preis bezahlt

Ab der Jahrhundertwende begannen sich immer mehr Frauen – und Männer – für das Frauenstimmrecht einzusetzen. Die Landesregierung behandelte das Anliegen schleppend, einzelne Kantone preschten für ihr Hoheitsgebiet vor. Und mit dem gesellschaftlichen Aufbruch Ende der Sechzigerjahre war es dann auch beim Bund soweit. Als letzter Kanton führte Appenzell Innerrhoden 1990 das Frauenstimmrecht ein, auf Diktat des Bundesgerichts.

«Es brauchte immer viel Willen, in allem», stellt Hanna Sahlfeld fest. Sie war 1975 mit einem Glanzresultat wiedergewählt worden, trat später aber zurück. Wegen ihres politischen Engagements konnte ihr Mann in der Ostschweiz keine Arbeit mehr finden. Die Familie verliess die Schweiz und fing in der Nähe von Köln neu an. Hanna Sahlfeld gehört zu den Vorkämpferinnen, die nachfolgenden Frauengenerationen den Weg ins Bundeshaus ebneten. Um sie zu würdigen, sind an ihren einstigen Pulten heute Plaketten angebracht. «Das Kämpfen hat sich gelohnt», bilanziert Sahlfeld, auch wenn sie und ihr Mann einen persönlichen Preis dafür zahlten. Punkto Gleichstellung sei heute vieles selbstverständlich, indes: «Wenn Frauen Erreichtes nicht festhalten, kann es rasch wieder verschwinden.»

Mehr zu 50 Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz: www.ch2021.ch

Wählen und wählen lassen: Wie die Frauen ihr Recht ergreifen

Seit fünfzig Jahren verfügen Frauen in der Schweiz über das aktive und passive Wahlrecht. Ihr Anteil in den politischen Gremien steigt. Für eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter braucht es aber noch manchen Effort.

EVA HIRSCHI

84 Frauen wurden bei den Nationalratswahlen 2019 gewählt. Das sind 20 mehr als 2015. Eine solche Steigerung hat es seit der Einführung des Frauenstimmrechts 1971 noch nie gegeben. Der Frauenanteil von 42 Prozent ist der Höchststand in der Geschichte des Nationalrats. Im Ständerat kam es zumindest zu einer Trendwende: Nach zwölf Jahren mit rückläufigem Frauenanteil kletterte dieser auf einen neuen Rekord - auf immerhin 26 Prozent. «Das ist ein starkes Zeichen und war dringend nötig. Es widerspiegelt den Zeitgeist und den Frauenstreik», sagt die grünliberale Nationalrätin Kathrin Bertschy. Die Bernerin ist Co-Präsidentin von alliance f, einem überparteilichen Dachverband von Frauenorganisationen, der sich unter anderem für eine ausgewogenere Geschlechterverteilung im Parlament einsetzt. Alliance f ist auch mitverantwortlich für die Kampagne «Helvetia ruft», die potenzielle Kandidatinnen systematisch fördern will.

«Wir haben die Parteien und die Listenverantwortlichen sensibilisiert, Frauen auf aussichtsreichen Listenplätzen zu platzieren, und wir haben Workshops und Mentoringprogramme für Kandidatinnen organisiert», erklärt Flavia Kleiner, Co-Initiantin von «Helvetia ruft». «Dabei geht es uns nicht um Fairness, sondern um ein korrektes Abbild der Schweizer Bevölkerung. Schliesslich machen Frauen die Hälfte unserer Bevölkerung aus», sagt Kleiner.

Aufholjagd mit 170 Jahren Rückstand

Doch warum hat es 50 Jahre lang gedauert, bis Frauen ihren Anteil im Parlament massgeblich erhöhen konnten? «Man muss sich das wie einen Stafettenlauf vorstellen», sagt Kleiner. «Die Männer sind mit einem Vorsprung von rund 170 Jahren gestartet. Es erstaunt also nicht, dass es Zeit braucht, um aufzuholen.» Die Strukturen seien von Männern für Männer gemacht worden, sagt Bertschy: «Mit der Einführung des Frauenwahlrechts wurde verpasst, eine Konkordanz der Geschlechter zu etablieren, wie diese für

die Kantone oder Sprachregionen im Nationalrat gilt. Der Bundesstaat beruht ja auf zahlreichen Quoten, ich bin quasi eine Quotenbernerin.»

Lange wurden allerdings nicht einfach wenig Frauen gewählt, es gab auch wenig Kandidatinnen. Gründe dafür sieht Flavia Kleiner in erster Linie in den strukturellen Hürden: «Die Vereinbarkeit von politischer Arbeit und Familie ist nicht einfach, häufig finden Sitzungen und Veranstaltungen am Abend oder am Wochenende statt. Ausserdem wird bis heute die Politikultur von Männern geprägt, und da ist der Umgang manchmal ziemlich grob. Aber auch die mediale Öffentlichkeit geht mit Frauen härter um.»

Das macht ein politisches Amt für Frauen weniger attraktiv, weshalb es grössere Anstrengungen brauche, Frauen zu einer Kandidatur zu überzeugen, sagt die Politologin Sarah Bütikofer. Sie forscht zur politischen Partizipation von Frauen und sagt, die Parteien hätten die besten Möglichkeiten zu handeln: «In der Schweiz sind Parteien kantonale organisiert. Sie haben es in der Hand, Frauen zu fördern und auf gute Listenplätze zu setzen.»

Die Wahl in den National- oder Ständerat setzt in der Regel Erfahrungen auf kantonaler Ebene voraus. Kaum jemand schafft direkt den Sprung ins nationale Parlament. «Auf nationaler Ebene politisiert die Spitze einer Partei. Deshalb ist es entscheidend, bereits auf kantonaler und kommunaler Ebene Frauen zu fördern, damit für höhere Ämter qualifizierte Kandidatinnen bereitstehen», sagt Bütikofer.

Zu zurückhaltend? Zu wenig selbstsicher?

Doch gerade auf kantonaler Ebene ist man in der Schweiz von einer Geschlechtergleichheit immer noch weit entfernt. 2019 lag der Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten und Regierungen zwischen 25 bis 29 Prozent. Zwar konnte Basel-Stadt Ende Oktober 2020 den Frauenanteil im Kantonsparlament auf 42 Prozent steigern. Doch gleichzeitig wurden im Kanton Aargau erneut nur Männer in den Regierungsrat gewählt. Im aargauischen Kantonsparlament sank der Frauenanteil sogar.

Martina Sigg, Präsidentin der FDP Frauen Aargau, findet das Ergebnis unbefriedigend: «In einigen Bezirken ist es gar nicht so einfach, Frauen zu finden. Sie sind viel zurückhaltender und trauen sich die Politik weniger zu, oft muss man sie aktiv suchen und überzeugen, sie melden sich selten freiwillig». Deshalb findet sie Kampagnen wie

«Helvetia ruft» wichtig. Dennoch: Als 2019 bei der Ersatzwahl in die Aargauer Kantonsregierung Jean-Pierre Gallati von der SVP und Yvonne Feri von der SP zur Wahl standen, entschied sich Sigg für den Mann. «Die SVP hatte Anspruch auf diesen Sitz und er war in meinen Augen besser geeignet für das Amt. Es ist immer auch eine Frage, was man repräsentieren will: die Parteien oder die Geschlechter? Für mich haben die Parteien Vorrang, auch wenn ich es natürlich sehr begrüsst hätte, wenn die SVP eine kompetente Kandidatin nominiert hätte.»

Politik ausserhalb der Parteien

Sich zur Wahl stellen ist das eine, wählen gehen das andere. Und die Schweizer Frauen sind eher zögerliche Wählerinnen geblieben: Die Schweizer Wahlstudie Selects etwa zeigt, dass bei den Eidgenössischen Wahlen 2019 nur 41 Prozent der wahlberechtigten Frauen ihre Stimme abgaben – allerdings auch nur 49 Prozent der Männer

Schreckt vielleicht die institutionenlastige Politik Frauen ab? Dass sie sich durchaus für politische Anliegen engagieren, hat nämlich etwa der Frauenstreik 2019 gezeigt, als Hunderttausende Frauen auf die Strasse gingen. «Ich war ebenfalls am Frauenstreik und engagiere mich nun seit zwei Jahren in der Eidgenössischen Kommission dini Mueter, der EKdM, die wir nach dem Frauenstreik gegründet haben und die sich für bessere Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung einsetzt», sagt Lina Gafner.

Die 38-Jährige hat sich bewusst gegen einen Parteibeitritt entschieden. «Ich habe keine Lust auf Machtkampf, Personenkult, aufs Folgen einer Parteipolitik. Mir geht es um die Anliegen selbst.» Für diese setzt sich die EKdM durchaus auch auf politischer Ebene ein und lobbyiert. «Aber für ein politisches Amt aufstellen lassen, würde ich mich nicht. Die strukturellen Bedingungen sprechen mich nicht an, und die Vereinbarkeit mit Beruf und Familie wäre zu schwierig», sagt Gafner.

Nationalrätin Kathrin Bertschy begrüsst alternative Formen der politischen Partizipation. Sie sagt aber auch: «Es ist wichtig, dass Frauen auch im Parlament vertreten sind und nicht einfach den Männern den Platz überlassen. Denn hier können sie am meisten verändern und Gesetze sowie Rahmenbedingungen für Frauen verbessern.»



Flavia Kleiner sagt, Frauen brauchten Zeit: «Die Männer sind mit einem Vorsprung von rund 170 Jahren gestartet.»



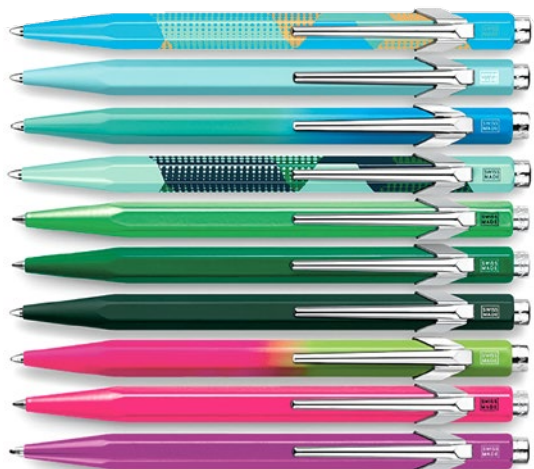
Kathrin Bertschy zum steigenden Frauenanteil im Parlament: «Das ist ein starkes Zeichen und war dringend nötig.»



Sarah Bütikofer: «Die Parteien haben es in der Hand, Frauen zu fördern und auf gute Listenplätze zu setzen.»



Die Wachspastellstifte «Neocolor» kamen 1952 auf den Markt. Der Künstler Pablo Picasso verwendete sie schon bald für seine Skizzen. (CdA Firmenarchiv)



«Ein Statement zeitgenössischer Schreibkultur»: Der Kugelschreiber, der ab den 1960er-Jahren unter der Referenznummer «849» bekannt wurde. (CdA Firmenarchiv)

Von der kleinen Bleistiftfabrik zur Weltmarke

«Hoffentlich wird sich bald jeder Auslandschweizer des schweizerischen Bleistiftes Caran d'Ache bedienen, um so die heimische Industrie zu unterstützen»: Das schrieb 1925 das «Correspondenzblatt für die Schweizer und Schweizervereine im Auslande». Da hatte die noch junge Bleistiftfirma Caran d'Ache aus Genf gerade einen Verkaufsladen in Berlin eröffnet. Es waren die Anfänge einer Erfolgsgeschichte, bei der Schweizer Schreib- und Farbstifte weltweit zu begehrten Objekten wurden. Der unabhängige Autor Ralph Brühwiler schildert die Caran d'Ache Saga in einem neuen, reich bebilderten Buch. Er tut dies fakten- und detailreich und lässt auch szenische Passagen einfließen. Dies besonders rund um Unternehmensgründer Arnold Schweizer, einen Ostschweizer Industriellen. Er wird als sozialer Patron beschrieben, der auch Rückschläge zu meistern hatte. Im Buch ist auch zu erfahren, was es mit dem aus dem Russischen entlehnten Firmennamen auf sich hat. Wie in den Labors und Werkstätten immer wieder neue Produkte entstanden. Und warum Schweizer Schulkinder die Stifte genauso gerne in die Hand nahmen wie berühmte Künstler. So international sie wirtschaftet: Die Firma Caran d'Ache ist heute noch im Besitz von drei Schweizer Familien.

SUSANNE WENGER

Ralph Brühwiler: Die Caran d'Ache Saga. Von Genf in die Welt. NZZ Libro 2020 (in deutscher Sprache), 264 Seiten, 49 Franken.



In den 1930er-Jahren entwickelte die Firma den Aquarell-Farbstift «Prismo». Die Schachteln mit den vielen Farbstiften erfreuten Generationen von Schweizer Kindern. (RB)



Ein Bleistift wie eine Rakete: Mit diesem Firmenwagen gingen Caran d'Ache-Vertreter Ende der 1920er-Jahre auf Werbetour. (CdA Firmenarchiv)



Diese Bleistiftspitzmaschine stand ab der Nachkriegszeit in den Schweizer Schulstuben und erreichte Kultstatus. (CdA Firmenarchiv)



Den «Fixpencil», einen neuartigen Bleistift mit Minenhalter, liess das Unternehmen 1930 patentieren. Vor allem Technik-Fachleuten wussten ihn zu schätzen. (CdA Firmenarchiv)



Sechseckig und ab 1953 millionenfach verkauft: Den Kugelschreiber «Ecrivor» umgibt ein Hauch von Luxus. (CdA Firmenarchiv)

Der explosivste Ort der Schweiz

Seit über 70 Jahren lagern bei Mitholz im Berner Oberland Tausende Tonnen scharfer Weltkriegsmunition im Berg. Jetzt soll das Arsenal plötzlich geräumt werden, die Einwohner müssen wegziehen. Wird Mitholz ein Schweizer Geisterdorf?

JÜRIG STEINER

Friedlich ruhen die im Chaletstil gebauten Häuser in der Wintersonne, die trotz der schroffen Berge auf beiden Seiten auch die schmale Talsohle hell ausleuchtet. Das Dorf Mitholz, in dem rund 200 Menschen leben, liegt auf einer flachen Terrasse im Kanderthal. Es gibt noch eine letzte geöffnete Beiz, aber längst keinen Laden mehr.

Die Bahnlinie und die Strasse hoch zum Autoverlad durch den Lötschbergtunnel ins Wallis schlängeln sich durch Mitholz. Das Dorf ist wilder alpiner Natur ausgesetzt: Steinschlag, Erdbeben, Hochwasser, Lawinen. «Wir sind es gewohnt, mit Naturgefahren umzugehen. Sie waren und sind für uns kein Grund wegzuziehen», sagt Roman Lanz, der Präsident der Gemeinde Kandergrund, zu der Mitholz gehört.

Und doch ist vor gut zwei Jahren die Frage, ob es für Bewohnerinnen und Bewohner in Mitholz zu gefährlich ist, plötzlich ein Thema, über das alle reden. Reden müssen. Der Grund dafür liegt tief im Fels über dem Dorf: In teilweise eingestürzten Stollen lagern seit dem Zweiten Weltkrieg Tausende Tonnen scharfe Munition, darunter auch 50 Kilogramm wiegende Fliegerbomben.

Dass im Berg Gefahr lauert, wissen Mitholzerinnen und Mitholzer seit 1947. Damals, kurz vor Weihnachten, kam es in den eben fertiggestellten Kavernen mitten in der Nacht zu drei heftigen Explosionen. Es regnete Geröll vom Himmel, aus den Stolleneingängen schossen Druckluft, Munition, Bergschutt, die das Dorf schwer beschädigten. Neun Menschen starben,



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden. Heute: Auf Besuch in der explosivsten Schweizer Gemeinde.

es war einer der schwersten Unfälle der Schweizer Armeegeschichte.

Schon ein Jahr später zogen Mitholzerinnen und Mitholzer zurück in ihre Häuser, doch die Ursache der Explosion blieb bis heute ungeklärt, wie der Journalist Hans Rudolf Schneider in seinem Buch «Die Schreckensnacht von Mitholz» schreibt. Trotzdem stuft ein behördliches Gutachten Ende der Vierzigerjahre das beschädigte Depot, in dem bis heute rund die Hälfte der ursprünglich 7000 Bruttotonnen Munition verschüttet herumliegt, als unbedenklich für die ansässige Bevölkerung ein.

Erst als die Armeeführung damit liebäugelte, in den Kavernen von Mitholz ein geheimes Rechenzentrum zu installieren, änderte sich alles. Eine neue Expertise kam im Sommer 2018 zum Schluss: Die vom Munitionslager ausgehenden Risiken seien für Strasse, Häuser und Bahn – und damit für die Menschen – «unzulässig». Plötzlich wurde Mitholz zum explosivsten Dorf der Schweiz.

Die Bevölkerung fiel nach der ersten Information im Juni 2018 in eine Art Schockstarre, erinnert sich Gemeindepräsident Roman Lanz. Es dauerte noch einmal anderthalb Jahre,



Nach Explosionen in den Kavernen prasselt Geröll aufs Dorf. Neun Menschen sterben, zahlreiche Häuser werden zerstört.

Archivbild Keystone, 1947



ehe Bundesrätin Viola Amherd klar machte: Entschärft werden könne die Gefahr nur mit einer Räumung der explosiven Altlast. Das mache eine hochkomplexe Roboter-Operation im Berg nötig, für die es weltweit kein Vorbild gebe. Sie erhöhe aber das Detonationsrisiko derart, dass rund 170 Einwohner von Mitholz ihr Dorf ab 2031 aus Sicherheitsgründen für rund ein Jahrzehnt verlassen müssen. Kostenpunkt der ganzen Übung: eine Milliarde Franken.

Ein Schweizer Geisterdorf! Die Nachricht schlug ein wie eine Bombe. Roman Lanz, hauptberuflich Abteilungsleiter in einem Autokarosserie-Betrieb, gab als Miliz-Gemeindepräsident auf einmal ausländischen TV-Stationen Interviews und sass in Sitzungen mit Bundesräten. Mitholz war in aller Munde. «Aber wenn ich mit den Betroffenen hier im Dorfrede», sagt Lanz, «bleibt für sie das Ganze

ungreifbar, fast virtuell.» Sie leben noch genau so nahe beim Munitionslager wie vorher.

Nur, dass sie eine ungewisse Zukunft mit existenziellen Fragen vor sich haben. Lanz steht jetzt vor dem zugemauerten Nordportal, wo einst Bahnladungen mit Patronen und Sprengstoff in den Stollen gefahren wurden. Einen Steinwurf entfernt sieht man das Haus der Bauernfamilie Künzi, die unter anderem die Hänge um das Munitionslager mit ihrem Vieh bewirtschaftet. Seit Jahrzehnten bewirtschafteten sie tagtäglich Boden, der jetzt plötzlich in der roten Zone liegt. Mit Kühen zügelt man nicht einfach so. Künzis müssen sich andernorts eine neue Existenz aufbauen.

Der Gemeindepräsident tauscht sich praktisch täglich mit Betroffenen wie den Künzis aus. «Was die letzten zwei Jahre seit Bekanntwerden der Explosionsgefahr mit uns gemacht

Auf der Fluh bei Mitholz liegt der Bauernhof von Samuel Künzi. In der Fluh lagern Tausende Tonnen alter Munition.

Foto Danielle Liniger

haben, können von aussen nur die wenigsten errahnen», sagt er. Bei manchen sickere die Realität nur langsam ins Bewusstsein, die Hoffnung, dass der Staat am Ende doch nicht so viel Geld ausgeben wolle und alles beim Alten bleibe, halte sich beharrlich.

Die Emotionen sind das eine, es gibt auch wirtschaftliche Fragen: Wie



Für viele Dorfbewohner bleibe das Ganze «ungreifbar, fast virtuell», sagt Gemeindepräsident Roman Lanz.

Foto Danielle Liniger

sieht es mit Entschädigungsleistungen aus? Welchen Wert werden die Häuser haben, die während der Evakuationsjahre wohl von der Armee übernommen werden und bei Interesse vielleicht an die ehemaligen Besitzer zurückgehen könnten, nachdem sie jahrelang leergestanden sein werden?

Natürlich stellt sich auch die ganz grosse Frage: Warum befindet sich überhaupt so viel gefährliche Munition in der Nähe von Wohnhäusern von Mitholz? «Das durch die Bahn erschlossene Munitionslager Mitholz war ideal gelegen für die Réduit-Strategie der Schweiz im Zweiten Weltkrieg», sagt der Historiker Rudolf Jaun, emeritierter Professor der Militärakademie der ETH Zürich. Im Sommer 1940 beschloss General Henri Guisan, den Grossteil seiner Truppen in den alpinen Zentralraum zu verlegen, um hier nach einem Verzögerungskampf im Mittelland den Hauptkampf zu führen. Die Munition bunkerte man in mehreren geheimen Grossarsenalen wie Mitholz. Von letzterem aus wäre die Südfront im Wallis alimentiert worden.

So weit kam es nicht. Kein einziger Schuss aus den Höhlen von Mitholz wurde abgegeben. Im Gegenteil: Nach dem Zweiten Weltkrieg nutzte man die bestehenden Stollen als günstigen Entsorgungshof und füllte sie mit unverschossener Munition aus Truppenbeständen. Mit der paradoxen Folge:



Der unscheinbare Eingang in die Kaverne von Mitholz, hinter dem seit Jahrzehnten die Zeitbombe tickt.

Foto Danielle Liniger

Das Lager von Mitholz, vor dem Zweiten Weltkrieg zum Schutz der Bevölkerung gebaut, verwandelte sich in eine Zeitbombe.

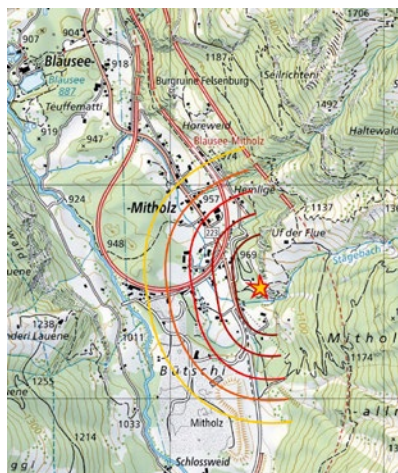
Man müsse das auch vor dem gesellschaftlichen Wahrnehmungswandel gegenüber der Armee sehen, sagt Militärgeschichtler Jaun: «Was die Armee tat, wurde damals nicht kritisch hinterfragt wie heute.» Die Bevölkerung habe Risiken als Notwendigkeit akzeptiert. So wurden vor den Augen der Öffentlichkeit Tausende Tonnen defekter oder überflüssiger Munition in den Thuner- und Brienersee versenkt, wo sie nach wie vor noch liegt. Auch, wie Jaun sagt, «weil es die billigste Entsorgungslösung war».

Heute wird das Seewasser deswegen regelmässig auf Schadstoffe analysiert. Die Armee betreibt ein aufwändiges Altlastensanierungsprogramm und lagert ihre Munition inzwischen in kleineren, hochgesicherten Depots. Nur vom eingestürzten Bunker von Mitholz liess man aber die Finger. Bis 2018.

Journalisten aus der Romandie fragten ihn oft, sagt Roman Lanz, wa-

rum es im Kandertal keinen Aufstand gebe. Im Welschland würde jeden Tag demonstriert, wenn ein solcher Skandal auflöge. «Die Mehrheit bei uns vertritt die Haltung, dass wir die Lösung des Problems nicht noch weiter hinausschieben dürfen», sagt Lanz. Man nehme den Schmerz der Evakuierung in Kauf, damit die nächste Generation zurückkehren könne in die Häuser von Mitholz, über denen der einst kein Explosionsrisiko mehr schwebte: «Wir werden nicht mit Heugabeln gegen Bern ziehen, vorausgesetzt, man geht korrekt mit uns um.»

Vor seinem geistigen Auge sieht der Gemeindepräsident in ferner Zukunft ein blühendes, wiederbelebtes Mitholz. Im ehemaligen Munitionsdepot könnte er sich ein Festungsmuseum vorstellen. Und wegen der konstanten Temperatur wären die tief liegenden Kavernen prädestiniert dafür, zum Lager für die Reifung von Käse umgenutzt zu werden.



Das Munitionslager von Mitholz liegt in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern, Strasse und vielbefahrener Bahnlinie.

Reproduziert mit Bewilligung von swisstopo (BA200221)

JÜRGEN STEINER IST JOURNALIST UND REDAKTOR BEI DER «BERNER ZEITUNG»

Die Frau, die Napoleon in die Schranken wies

Die Genferin Germaine de Staël lebte als Autorin und intellektuelles Schwergewicht in Paris, musste aber immer wieder in die Schweiz ins Exil kommen.

CHARLES LINSMAYER

Napoleon erregte ihren Unwillen, als er auf ihre Frage nach der bedeutendsten Frau aller Zeiten antwortete: «Jene, die am meisten Kinder geboren hat.» Dabei war die 1766 in Paris geborene Genferin Germaine de Staël als Mutter von fünf Kindern durchaus auch in dieser Hinsicht konkurrenzfähig. Zwar war sie seit 1786 mit dem schwedischen Baron de Staël verheiratet, aber auf die Monogamie verpflichten liess sie sich nicht. Kaum jemand wusste, wer unter ihren Liebhabern jeweils die Väter ihrer Kinder waren.

Nein, die Mutterschaft war nicht ihre herausragendste Qualität. Das waren ihre geistige Brillanz, ihr unbeugbarer Selbstbehauptungswille als Frau und nicht zuletzt ihre spitze Feder, mit der sie europaweit Berühmtheit erlangte und den selbsternannten Kaiser Napoleon zu schierer Verzweiflung trieb. Die Revolution, der sie in ihren Anfängen gewogen war, hatte sie auf ihrem Landsitz Coppet bei Genf überlebt. Nach dem Sturz Robespierres war sie jedoch 1794 nach Paris zurückgekehrt und versammelte die konservative Elite in ihrem Salon. Mit Napoleon freundete sie sich zunächst an, zerstritt sich aber mit ihm, als sie sich gegen die Einflussnahme Frankreichs auf die Errichtung der Helvetischen Republik aussprach.

Italien und Deutschland als Themen

Ihre literarischen Erfolge basierten auf Reisen, von denen die unsicheren Zeiten sie nicht abhalten konnten. «Corinne ou l'Italie» (1807) setzt in romantischem Überschwang das Erlebnis von Kultur und Geschichte Italiens mit der Lovestory Corinnas zu einem englischen Lord parallel. «De l'Allemagne», das Buch, dem wir die Qualifizierung Deutschlands als «Land der Dichter und Denker» verdanken, geht auf eine Reise zurück, die sie 1803/04 nach Berlin und Weimar und in den Einflussbereich Goethes und Schillers geführt hatte. Napoleons Polizei verhinderte 1810 die Publikation dieses Werks: Sie vernichtete Manuskript und Druckplatten und zwang die Autorin, sich nach Coppet zurückzuziehen. Als sie sich auch da bedroht fühlte, floh sie 1812 nach England, wo «De l'Allemagne» 1813 erschien.

Das liberale Gewissen Europas

Napoleons Wut war nachvollziehbar, denn die Huldigung an das poetische Deutschland war in Wirklichkeit ein

virtuos kaschierter Protest gegen die kulturelle Repression in Frankreich und belegte wie kein anderer Text, zu welch eloquenter Napoleon-Gegnerin Germaine de Staël herangewachsen war. Sie verkörperte dem mächtigen Diktator gegenüber längst so etwas wie das liberale Gewissen Europas. Aber auch ihre anderen Bücher ärgerten Napoleon. So hatte er zu «Delphine» anonym einen Verriss geschrieben, und «Corinna» war ihm allein schon deshalb in den falschen Hals geraten, weil der Roman, obwohl im Jahr seiner italienischen Königskrönung entstanden, den Eroberer mit keinem Wort erwähnte.

«Nicht ohne Interesse»

Als Germaine de Staël am 14. Juli 1817 mit 51 Jahren aus einem Leben voller Bewegung, Leidenschaft und gelebter Sinnlichkeit gerissen wurde, hatte sie ihren Pariser Salon längst in altem Glanz wiedereröffnet, während Napoleon für immer auf St. Helena verbannt blieb. Dort hatte er dem Vertrauten Las Cases im August 1816 nach erneuter Lektüre bekannt, dass ihm seine Rivalin und ihre «Corinna» keine Ruhe liessen: «Ich sehe sie, ich höre sie, ich fühle sie, ich will sie fliehen, ich werfe das Buch hin. Ich hatte das Buch besser in Erinnerung, als wenn ich es heute lese. Immerhin werde ich durchhalten, ich will wissen, wie es endet. Mir scheint nach wie vor, dass es nicht ohne ein gewisses Interesse ist.»

BIBLIOGRAFIE: «Über Deutschland» ist als Reclam-Taschenbuch greifbar.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH



«Oh die Gesellschaft, die Gesellschaft! Wie hart lässt sie einem das Herz, wie frivol den Geist werden! Wie sehr verführt sie einen dazu, sein Leben nach der Meinung der Leute zu richten! Würden sich die Menschen eines Tages wiederbegegnen, ein jeder befreit von allen Einflüssen der anderen, welch klare Luft würde ihnen die Seele füllen! Was für neue Ideen, was für wahre Gefühle würden sie erfrischen!»

(Aus: Germaine de Staël: «Corinna oder Italien», 1807)

Die unsterbliche Influencerin

Betty Bossi, die fiktive Köchin der Schweiz, lief im Corona-Lockdown zu Hochform auf.

DÖLF BARBEN

Dieses Jahr fühlte sich Betty Bossi schon fast ein bisschen wie Helvetia. In der Corona-Pandemie wollte sie da sein für die Menschen in diesem Land. Als diese nicht mehr in die Restaurants durften und zurückgedrängt wurden an den eigenen Herd, schlug Betty Bossis Stunde. Sie schaltete ihre sonst kostenpflichtigen digitalen Rezepte aus 120 Koch- und Backbüchern frei und zeigte den Bürgerinnen und Bürgern, wie man Burger brät und Bananenbrote bäckt. Wie immer mit Gelinggarantie. Und es funktionierte. Einmal mehr. Die Schweizerinnen und Schweizer haben ihre Webseite über zehn Millionen Mal besucht. In einem Monat.



Betty Bossi und Helvetia haben etwas gemeinsam: Sie existieren nicht wirklich. Und doch sind sie Schweizer Lichtgestalten, die jede und jeder zu kennen glaubt: Helvetia, die mit einem Speer bewehrt auf der Rückseite der Ein- und Zweifrankenstücke im Strahlenmeer steht. Und Betty Bossi, die an den Herd tritt und den Leuten seit Jahr und Tag dabei hilft, eine der schwierigsten Fragen zu beantworten: Was soll ich heute kochen?

Seit bald 65 Jahren gehört Betty Bossi zur Grundausstattung des Landes. Höchste Zeit also, einmal zu fragen, was ihr unermüdliches Schaffen denn gebracht hat. Haben ihre Kochbücher die Schweizer Haushalte tatsächlich «nachhaltig beeinflusst», wie das im Historischen Lexikon der Schweiz steht? Oder würden wir das Gemüse immer noch mit weissen Mehlsaucen überziehen, wenn nicht Betty Bossi in unser Leben getreten wäre?

1956 erschien die erste Betty Bossi Post, ein doppelseitig bedrucktes Informationsblatt, das in Läden gratis aufgelegt wurde. «Was soll ich heute kochen?» Das war der Titel des allerersten Artikels. Der Text kam so daher, als hätte Betty Bossi ihn selber verfasst. Ein Bild zeigte die strahlende Frau. Am Ende des Artikels stand ihre Unterschrift.

Auf diesem Informationsblatt war schon fast alles da, was Betty Bossi auch heute noch ausmacht. Sie bot sich ihren Leserinnen als Freundin an, die ihnen nicht bloss alles vor-kauen, sondern sie ermächtigen wollte. Sie ermunterte sie, einen Menüplan zu erstellen, damit das Essen gut und abwechslungsreich wird, es keine Resten gibt und am Ende der Woche etwas Geld übrigbleibt. Und sie präsentierte ein halbes Dutzend Rezepte, darunter dieses für einen Brotauf-lauf mit Äpfeln: 300 Gramm Brotresten, ein halber Liter Milch, 3 Eier, 60 Gramm «Astra-10», 300 Gramm Äpfel, 80 Gramm Zucker, 2 Löffel Sultaninen, abgeriebene Zitronenschale.

«Astra-10»: Das war der springende Punkt. Betty Bossi wollte nicht nur die Freundin der Hausfrauen sein, sie wollte diese auch dazu bringen, die Fette, Öle und Margarinen der Firma Astra zu verwenden, die ihr Werk in Steffisburg bei Thun betrieb und zum Unilever-Konzern gehörte. Damit ist es gesagt: Betty Bossi war von Anfang an eine Kunstfigur, die auf Wechselwirkung ausgelegt ist, aufs Geben und aufs Nehmen – eine Influencerin.

Und das Rezept, das die Werbetexterin Emmi Creola-Maag in den USA aufgespürt hatte, wo es eine Frauenzeitschrift namens «Betty Crocker» gab, funktionierte auch in der Schweiz hervorragend: Mit der Betty Bossi Post ging für Betty Bossi die Post ab. Der Historiker Benedikt Meyer sagt dazu, das Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg habe nicht nur Autos, Fernseher und neue Frisuren gebracht, sondern auch eine neue Küche – und zwar wörtlich: Elektrische Öfen, Mixer, Rühr- und Knetmaschinen eröffneten neue Möglichkeiten, und die Läden boten immer neue Produkte an. Meyer: «Um sich in diesen ganzen Neuheiten nicht zu verlieren, brauchten Schweizerinnen und Schweizer Hilfe. Und die bot ihnen Betty Bossi.»



«Was soll ich heute kochen?» Erst stellte Betty Bossi die Ausgangsfrage, dann lieferte sie Tausende Koch- und Backrezepte.

Getränkter Zitronencake:
mit fast einer halben Million Klicks
pro Jahr eines der meistaufgerufenen
Rezepte von Betty Bossi.



Der Erfolg war immens. Die Zeitung, die später abonniert werden konnte, wird auch heute noch hunderttausendfach gelesen. Als 1984 das Dessert Tiramisu vorgestellt wurde, war der Mascarpone innert kürzester Zeit und überall in der Schweiz ausverkauft. Von den Koch- und Backbüchern,

von denen 1973 das erste erschien, sind 35 Millionen verkauft worden. «Kuchen, Cakes und Torten» ist mit 1,35 Millionen Exemplaren das erfolgreichste unter ihnen. Der Vergleich, um diesen Erfolg zu veranschaulichen: Würde man alle verkauften Kochbücher nebeneinander legen, könnte man aufhören von der Schweiz nach Amerika spazieren.

Noch anschaulicher ist womöglich der Blick in die eigene Wohnung. Fällt einem nicht immer irgendwo eines ihrer Kochbücher, eine Zeitung oder ein herausgerissenes Rezept in die Hände, wenn man eine Schublade aufräumt? Oder Teighölzer, Ausstechformen oder im schlimmsten Fall ein Waffeleisen auf die Füsse, wenn man einen Schrank öffnet? Denn auch darin hat sich Betty Bossi hervorgetan: Sie entwickelt und verkauft am Laufmeter sogenannte Küchen- und Haushaltshelfer. Kein Zweifel, die Schutz-

patronin aller Singles, die Allzweckwaffe gegen Langeweile in der Küche, die Hüterin des eiligen Grills oder wie sie sonst schon genannt wurde, ist quicklebendig.

Das Unternehmen Betty Bossi, das bei neuen Trends wie TV-Kochshows, Online-Plattformen oder glutenfreie Nahrungsmittel nie etwas anbrennen liess, gehört seit 2012 zu hundert Prozent Coop, einem der beiden Schweizer Detailhandelsriesen. Die Betty Bossi AG beschäftigt in Basel und Zürich 120 Mitarbeitende und erwirtschaftete 2019 einen Nettoerlös von 89 Millionen Franken. Der Gang durch einen Coop-Supermarkt macht es klar: Die Marke ist mit über 600 Produkten omnipräsent. Nebst den Artikeln im Bereich Backen gibt es immer mehr Fertig- und Halbfertig-Produkte wie Salate, Sandwiches und ganze Menus.

Aber klingt nicht gerade das wie ein kolossaler Widerspruch, wenn Betty Bossi den Schweizerinnen und Schwei-



Betty Bossi in Zahlen

In den Betty-Bossi-Küchen in Basel und Zürich werden jedes Jahr um die 2500 Rezepte kreiert. Die Zeitung erscheint zehnmal pro Jahr und hat eine Auflage von 540 000 Exemplaren. Sie ist damit die grösste Bezahlzeitung der Schweiz. Die Webseite wird pro Monat knapp 3 Millionen Mal besucht, seit Beginn der Corona-Pandemie wesentlich häufiger. Die Rezepte werden auch über die sozialen Kanäle verbreitet: Den täglichen Newsletter erhalten 520 000 Personen. (DB)



Backen und servieren fürs appetitliche Bild: Foodstylistinnen und Foodfotografen sind die unabdingbaren Helfer der «Influencerin» Betty Bossi.

zern, denen sie jahrzehntlang das Kochen beibringen wollte, plötzlich Fertigprodukte auftischt? Wahrscheinlich geht es nicht anders und man muss Viviane Bühr, ihrer Pressesprecherin, Recht geben: Die Zeit ist heute eine komplett andere als vor 60 Jahren. Die Menschen bewegen sich weniger und wollen auch nicht mehr jeden Tag zwei Stunden in der Küche stehen. Sie spricht von globalen Ess- und Verhaltenstrends, welche die Schweizer Küchen beeinflussen – und im Übrigen auch dazu führten, dass die nahrhaften weissen Mehlsaucen verschwanden. Die Bettys und Bossis, so nennt Viviane Bühr die Mitarbeitenden, beobachten diese Trends und reagieren darauf, indem sie neue Rezepte kreieren und Food-Produkte entwickeln. Wie für alle Unternehmen geht es darum, mit der Zeit zu gehen, sagt sie, «damit es uns in Zukunft noch gibt.» Bisher hat das gut geklappt. «Für unsere Grösse liegen wir richtig gut im Rennen», sagt sie, «Betty Bossi geht es prächtig.»

Dass Betty Bossi mit der Zeit geht, verübelt ihr sicher niemand. Als Kunstfigur ist sie diesbezüglich dank ihrer Unsterblichkeit ohnehin im Vorteil. Die Frage ist bloss, wie sie damit zurechtkommen und was sie in Zukunft anrichten wird. Wie reagiert sie auf die Konkurrenz, die ihr zunehmend erwachsen ist? Als sie selber vor Jahrzehnten ins Influencer-Geschäft eingestiegen ist, gab es noch keine Foodblogs, das Kochbucheangebot war noch überschaubar. Werden ihr nochmals Rezepthits wie der getränkte Zitronencake oder das Partyfilet gelingen?

DÖLF BARBEN IST REDAKTOR BEI DER TAGESZEITUNG «DER BUND»



Keine Haftungsregeln für Schweizer Grosskonzerne

Die Konzernverantwortungsinitiative ist am Veto der Kantone gescheitert. Trotzdem steigt der Druck auf Schweizer Unternehmen, auch im Ausland ethisch sauber zu wirtschaften.



Bundesrätin Karin Keller-Sutter versichert den Verlierern: «Die Initianten stehen nicht mit leeren Händen da.»

Foto Keystone

THEODORA PETER

Die Urheber der Initiative «für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt» haben trotz verllorener Abstimmung einen Achtungserfolg erzielt: Am 29. November legte eine Mehrheit (50,7 Prozent) der Stimmenden ein Ja in die Urne. Trotzdem scheiterte die Initiative am Ständemehr, das für jede Verfassungsänderung notwendig ist: nur 9 von 26 Kantonen sagten Ja zur Konzernverantwortungsinitiative.

Dass eine Initiative das Volksmehr erreicht, das Ständemehr aber verpasst, kommt in der direkten Demokratie äusserst selten vor. Dies zeigt, wie populär das Anliegen der Allianz von über 120 Hilfswerken, Kirchen, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen (siehe «Revue» 5/2020) in der Bevölkerung war.

Entsprechend versöhnlich zeigte sich Bundesrätin Karin Keller-Sutter (FDP) nach dem Urnengang. Die Jus-

tizministerin hatte sich im von allen Seiten hart geführten Abstimmungskampf gegen die Initiative engagiert – Seite an Seite mit den Wirtschaftsverbänden. Es sei unbestritten, dass Schweizer Unternehmen auch im Ausland Mensch und Umwelt zu respektieren hätten, sagte Keller-Sutter. «Wir haben alle das gleiche Ziel, wählen aber nun einen anderen Weg.»

Sorgfaltspflicht gegen Kinderarbeit

Nach dem Nein zur Konzernverantwortungsinitiative tritt automatisch ein indirekter Gegenvorschlag in Kraft, den das Parlament letzten Sommer verabschiedet hatte. Im Gegensatz zur Initiative sieht das Gesetz keine Haftungsbestimmungen vor. Hingegen müssen grössere Unternehmen nun jährlich Bericht erstatten, wie sie die Menschenrechte einhalten, die Umwelt schonen und Korruption

bekämpfen. Geht es um Konfliktmineralien oder Kinderarbeit, gilt eine spezifische Sorgfaltspflicht. Wer keinen Bericht vorlegt oder unwahre Angaben macht, riskiert eine Busse von bis zu 100 000 Franken. «Die Initianten stehen deshalb nicht mit leeren Händen da», betonte die Bundesrätin.

Für die enttäuschten Initianten sind diese Massnahmen aber ungenügend. «Die Selbstverpflichtung ohne wirksame Kontrolle und Haftung ist nicht ausreichend, damit alle Konzerne internationale Umweltstandards und die Menschenrechte respektieren», bedauert Monika Roth, Rechtsprofessorin und Co-Präsidentin des Initiativkomitees. Klar sei, dass sich die Koalition weiterhin für mehr Konzernverantwortung einsetzen werde. Die Schweizer Wirtschaft muss somit auch in Zukunft damit rechnen, dass ihr Geschäftsgebaren in fernen Ländern von einer wachsenden Zivilgesellschaft kritisch beäugt wird.

Nein zur Kriegsgeschäfte-Initiative

Volk und Stände lehnten die Initiative «Für ein Verbot der Finanzierung von Kriegsmaterialproduzenten» mit rund 57 Prozent Nein-Stimmen ab. Die Initianten wollten Schweizer Investitionen in die Rüstungsindustrie weltweit unterbinden. Aus Sicht von Bundesrat und Parlament genügen die bestehenden Verbote zur Finanzierung von atomaren und chemischen Waffen sowie von Streumunition. Noch hängig ist eine überparteiliche Initiative gegen Waffenexporte in Konfliktregionen oder Länder, in denen Menschenrechte systematisch verletzt werden.

(TP)



Die umstrittene Alternative zu den unzähligen Passwörtern

Online-Dienste zu nutzen, soll in der Schweiz einfacher und sicherer werden. Bundesrat und Parlament möchten dazu eine elektronische Identität (E-ID) schaffen. Doch das Vorhaben ist umstritten. Das Stimmvolk entscheidet am 7. März, ob die E-ID tatsächlich eingeführt wird.

EVELINE RUTZ

Mal sind es sechs, mal acht Ziffern. Mal Buchstaben, mal Zahlen. Wer sich im Internet bewegt, hat unzählige Passwörter. Hinzu kommen weitere Login-Daten: ein Name, eine Mailadresse oder eine Kundennummer. Nur wer vertrauenswürdig erscheint, kann online Lebensmittel bestellen, Theaterkarten kaufen oder Rechnungen begleichen. Die Verfahren zur Identifizierung und Authentifizierung funktionieren unterschiedlich.

Um einem «weiteren Wildwuchs» entgegenzuwirken und klare Regeln vorzugeben, hat das Parlament 2019 ein neues Gesetz verabschiedet. Das «Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste» (BGEID), das

am 7. März 2021 zur Abstimmung gelangt, schafft die Grundlage für eine elektronische Identität (E-ID). «Es geht um ein qualifiziertes Login», betonte Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Parlament. Wer Online-Dienste nutze, solle sich darauf verlassen können, dass ein rechtlicher Rahmen seine Interessen schütze. Es gehe allerdings nicht um einen digitalen Reisepass.

Ein Baustein für das E-Voting

Dank der E-ID soll es einfacher und sicherer werden, online Geschäfte zu tätigen und eGovernment-Anwendungen zu nutzen. Sie soll Verwechslungen vorbeugen und vor Hackerangriffen schützen. Vorgesehen sind drei

Den per Brief erhaltenen Authentifizierungs-PIN freirubbeln und manuell eintragen: Die bisherigen E-Voting-Versuche in der Schweiz waren keineswegs durchgehend digital ausgestaltet. Mit einer vom Staat kontrollierten elektronischen Identität wäre dies möglich. Foto Keystone

Sicherheitsstufen. Die höchste, bei der ein Gesichtsbild gespeichert würde, käme dort zum Einsatz, wo es um besonders sensible Daten geht. Beim Austausch von Gesundheitsinformationen etwa, bei der E-Steuerrechnung oder bei Wahlen und Abstimmungen im Internet. Letztere könnten dank der E-ID durchgehend digital gestaltet werden. Das heisst, alle Unterlagen und Zugangsdaten wären online verfügbar. Die Behörden könnten darauf verzichten, per Post einen PIN zu verschicken, wie dies beim derzeitisierten E-Voting-Verfahren notwendig ist. Den Anbietern und der Bevölkerung stünde es in jedem Fall frei, die staatlich geprüfte Identität zu verwenden oder darauf zu verzichten.

Für die Umsetzung sollen öffentliche Hand und Privatwirtschaft zusammenarbeiten. Der Bund würde die Existenz einer Person und ihre Identitätsmerkmale prüfen und registrieren. Private Unternehmen, aber auch kantonale und kommunale Verwaltungen würden die E-ID herausgeben. Diese sogenannten Identity Provider (IdP) wären für die Karten, die USB-Sticks oder E-ID-Applikationen zuständig. Eine unabhängiges Expertengremium, die Eidgenössische E-ID-Kommission (Eidcom), würde die IdP zulassen und überwachen.

Der Markt soll die besten Lösungen hervorbringen

Mit dieser Aufgabenteilung wollen der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments gewährleisten, dass praxistaugliche und konsumentenfreund-



liche E-Services entstehen. Private Anbieter seien näher bei der Kundenschaft und könnten flexibler auf technologische Entwicklungen reagieren, argumentieren sie. «In anderen Ländern haben die Erfahrungen gezeigt, dass rein staatliche Lösungen nicht optimal und nur wenig erfolgreich sind, weil sie von der Wirtschaft nicht genutzt werden», so Karin Keller-Sutter.

Die geplante Kooperation ist jedoch umstritten. Sie ist der Grund, warum die Digitale Gesellschaft, die Kampagnenorganisation Campax, die Demokratieplattform WeCollect und der Verein PublicBeta das Referendum ergriffen und damit eine Volksabstimmung erzwungen haben. Der Staat verabschiedete sich damit von einer Kernaufgabe, kritisieren sie und sprechen von einem «Kniefall vor den Interessen der Wirtschaft». An die Stelle des Passbüros träten Grossbanken, Versicherungen und staatsnahe Betriebe. Das Bündnis findet es gefährlich, Privaten Zugang zu sensiblen Daten zu gewähren. Diese verfolgten in erster Linie kommerzielle Interessen und seien nicht vertrauenswürdig. Dem Staat bleibe lediglich eine schwache Kontrollfunktion. Die Gegnerschaft zweifelt zudem an der Freiwilligkeit. Sie befürchtet, dass Online-Dienste Druck ausüben könnten, die E-ID zu nutzen. Die SP und die Grünen haben diese Sicht bereits im Parlament vertreten. Die Piratenpartei, der Schweizerische Verband des Personals öffentlicher Dienste, Seniorenorganisationen und weitere Netzwerke teilen sie.

Datenschützer steht hinter der Vorlage

Befürworter halten den Sicherheitsbedenken entgegen: Der Staat gebe die Kontrolle über die Daten nicht aus der Hand. Das BGEID gehe über die gelten-



Datenschutzexperte Adrian Lobsiger: Die vorgeschlagene E-ID ist datenschutzkonform.



Justizministerin Karin Keller-Sutter: Rein staatliche Lösungen sind nicht optimal.



Kritikerin Anita Fetz: Ein privates Monopol ist nicht die Wettbewerbsform der Zukunft.

den Bestimmungen hinaus. So dürften die personenbezogenen Informationen nicht für andere Zwecke verwendet oder ohne Einwilligung weitergegeben werden. Ein Verkauf wäre verboten.

Adrian Lobsiger, der eidgenössische Datenschutzbeauftragte, streicht die Datenschutzkonformität heraus. Die Vorlage bringe eine Vereinfachung, da nicht mehr jede Bank, jedes Unternehmen und jede Verwaltung ein eigenes, vertrauenswürdigen Login entwickeln müsste. «Sie würde zu einer gesetzlichen Standardisierung der technischen Sicherheit und des Datenschutzes führen.» Die geplante Lösung habe den Vorteil, dass Private ein E-ID-System finanzieren und betreiben würden, für welches der Staat Regeln vorgebe. Werde sie an der Urne abgelehnt, könnte sich die Schweiz dereinst gezwungen sehen, ausschliesslich private E-IDs anzuerkennen. Je nachdem auch von ausländischen Anbietern wie Apple oder Google, obwohl diese nicht den gleichen Datenschutz garantierten. Lobsiger erwähnt, dass einige kantonale Behörden bereits mit der Firma SwissSign zusammenarbeiten. Sie machen über deren SwissID staatliche Online-Dienste zugänglich.

Es zeichnet sich ein Monopol ab

In der SwissSign Group sind die Post, SBB, Swisscom, Six, Grossbanken sowie Versicherungen zusammengeschlossen. Dass sie Interesse daran hat, eine E-ID herauszugeben, kritisieren Skeptiker und Skeptikerinnen wie Anita Fetz (SP/BS). Ein privates Monopol sei nicht unbedingt die Wettbewerbsform der Zukunft, sagte die alt Ständerätin in der Parlamentsdebatte. Justizministerin Karin Keller-Sutter wies diesen Einwand als «nicht schlüssig» zurück. «Was wäre denn der Staat als Herausgeber?» Ziel sei es ja gerade,

Was die E-ID den Staat kostet

Um eine E-ID zu realisieren, müsste der Bund einmalig 7,9 Millionen Franken ausgeben. Damit würden die Systementwicklung sowie der Aufbau der Identitäts- und Anerkennungsstelle finanziert. Für den Betrieb dürften laut EJPD rund 3,5 Millionen Franken pro Jahr anfallen. Er würde allerdings über Verwaltungsgebühren gedeckt; für den Bund wäre er damit kostenneutral. (ERU)

dass sich auf dem Markt mehrere Anbieter konkurrenzieren und verschiedene Anwendungen entwickeln.

Mit einer E-ID lege man eine wichtige Basis für die digitale Transformation, betonen jene, die sich für ein Ja einsetzen. Die Schweiz dürfe die Chance nicht verpassen, digital voranzukommen und den Rückstand gegenüber dem Ausland zu reduzieren. Tatsächlich steht die Schweiz, was das E-Government betrifft, schlechter da als vergleichbare Staaten. Sie drohe den Anschluss zu verlieren, warnen Experten. Dies sei die letzte Gelegenheit überhaupt, die Kontrolle über die Identifizierungsdaten der Schweizer Bürger im eigenen Land zu behalten, mahnte Ruedi Noser (FDP/ZH) in der kleinen Kammer. Schiebe man das Vorhaben hinaus, spiele man Apple, Google, Facebook und Amazon in die Hände.

Das Parlament der Fünften Schweiz, der Auslandsschweizererrat (ASR), hat sich am 10. Juli 2020 für ein Ja zur Abstimmungsvorlage ausgesprochen. Mit 37 zu 26 Stimmen und 18 Enthaltungen war der Entscheid aber nicht einstimmig.

EVELINE RUTZ IST FREIE JOURNALISTIN IN WINTERTHUR. SIE SCHREIBT VOR ALLEM ÜBER POLITISCHE, GESELLSCHAFTLICHE UND WISSENSCHAFTLICHE THEMEN.

Sterben für den Wald – das Leben des Schweizer Helden Bruno Manser

«Bruno Manser – Die Stimme des Regenwaldes» erzählt von der Leidenschaft Bruno Mansers für die Urwälder Borneos und ihre Einwohner, den Penan. Der vor epischer Kulisse gedrehte Schweizer Film hat Chancen auf einen Golden Globe.

STÉPHANE HERZOG

Valentin Greutert, der Produzent des Films «Bruno Manser – Die Stimme des Regenwaldes», befindet sich in einem Zwiespalt. Sein 2019 in der Schweiz erscheinender Film wurde durch die Hollywood Foreign Press Association für die Golden Globes vorausgewählt. An dieser für den 28. Februar 2021 geplanten Zeremonie ist grosses Publikum sicher. Ein Preis könnte dem biografisch geprägten Film zum weltweiten Durchbruch verhelfen. Dagegen muss der Basler Produzent hinnehmen, dass sein Film seit Anfang November aufgrund einschränkender Corona-Bestimmungen in Deutsch-

land und Österreich nicht gezeigt werden darf. In Deutschland hatte das knapp zweieinhalbstündige Werk in vier Tagen 3000 Eintritte erzielt, bevor die Kinosäle schlossen. In der Schweiz sahen immerhin über 200 000 Menschen «Die Stimme des Regenwaldes» auf der Leinwand oder zu Hause am Bildschirm. Das Budget betrug sechs Millionen Franken, was den Streifen zu einem der teuersten in der Schweiz produzierten Filme macht.

«Die Stimme des Regenwaldes» erzählt vom aussergewöhnlichen Leben des 1954 in Basel geborenen Abenteurers und Umweltschützers Bruno Manser. Die Handlung reicht von sei-

ner Ankunft im malaysischen Bundesstaat Sarawak im Jahr 1984 («Du wirst da drin sterben», sagte damals der Bootsfahrer, als er ihn mitten im Wald absetzte) bis zu seinem Verschwinden im Jahr 2000. Die Anstrengungen dieses Militärdienstverweigerers, Hirten und Alpinisten, die Zerstörung der Wälder zu beenden oder wenigstens zu bremsen, sollten sich aber, wie wir heute wissen, als vergeblich erweisen.

Die Dreharbeiten waren ein Abenteuer für sich. Ein Team von 150 Personen lebte drei Monate lang im Dschungel. «Wir schliefen am Boden auf Matten. In einer Fremdsprache drehen zu müssen, war dabei eine

Sven Schelker, hier in der Bildmitte, verkörpert auf der Leinwand den Umweltaktivisten Bruno Manser. Nick Kelesau, Elizabeth Ballang, Matthew Crowley, David Ka Shing Tse sind die weiteren Hauptdarsteller.



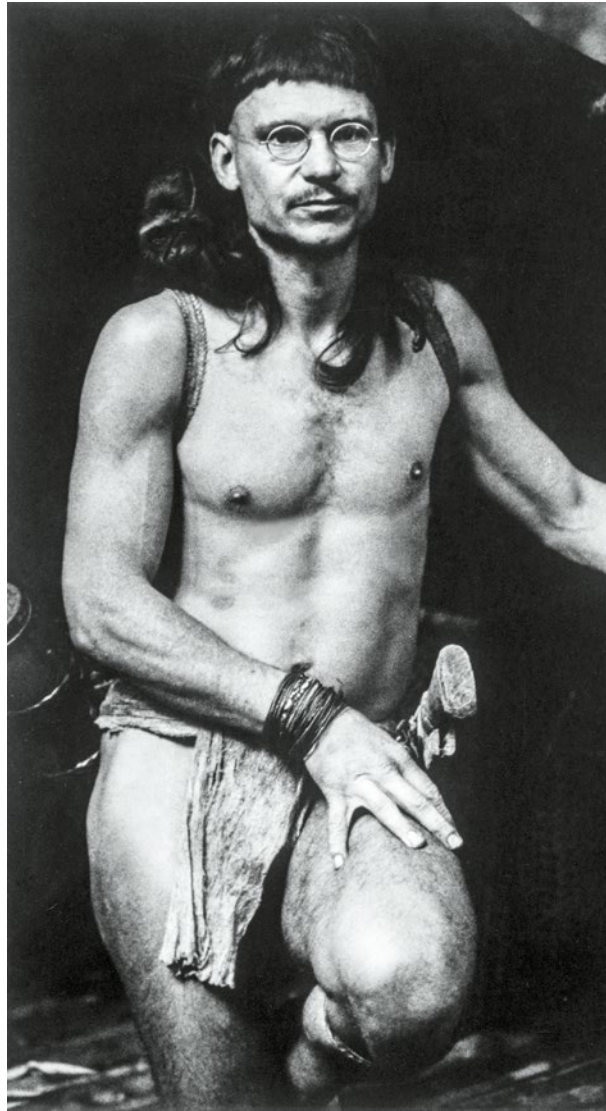
besondere Herausforderung», erzählt Valentin Greutert. Bruno Manser hatte 1992 Greuerts Schule besucht, um über die Regenwälder zu sprechen.

Schauspieler in der Rolle ihres Lebens

Vor Ort erzählten die Menschen von Bruno Mansers Leben und ihrem Kampf gegen die Zerstörung ihres natürlichen Lebensraums. Die Mehrheit der Schauspielerinnen und Schauspieler entstammt einem Volk aus dem indonesischen Teil Borneos, den Dayak. Die Dreharbeiten in Malaysia wurden von den Behörden des Bundesstaats Sarawak verboten. Um möglichst nahe an der Geschichte zu bleiben, überzeugte der Zürcher Regisseur acht Mitglieder des malaysischen Stamms der Penan, mit dem Bruno Manser gelebt hatte, im Film mitzuwirken. Sie mussten über Jakarta ins 200 Kilometer entfernte Dayak eingeflogen werden.

Unter den Schauspielern findet sich Nick Kelesau, der Manser als Kind kennenlernte. Nick Kelesau spielt Along Sega. Sega war der Penan-Häuptling, der Bruno Manser adoptiert hatte. Er beschrieb ihn als «ein Kind im Körper eines Mannes». Der Schauspieler Sven Schelker wiederum spielt Bruno Manser – und spricht in der Sprache der Penan. Mansers Schwester Monika Niederberger war von Schelkers schauspielerischer Leistung zutiefst berührt: «Manchmal hatte ich wirklich Bruno vor mir, obschon Sven etwas grösser und schlanker ist.» Und sie erinnert sich, wie Bruno sie auf einen Spaziergang durch die Wälder Basels mitnahm und dabei Steine umdrehte, um Insekten oder einen Salamander zu finden.

«Dieser Film ist mein Lebenswerk», sagt Greutert. «Er erzählt die Geschichte der Menschheit. Man entdeckt, wie die nomadisch lebenden Penan über Tausende von Jahren gelebt haben und wie der Kapitalismus



in seinem Ressourcen hunger ihren Wald aufgefressen hat. Er ist darüber hinaus das Erbe eines Mannes, denn das Engagement Bruno Mansers hat die Abholzung auf die internationale politische Agenda gebracht.» Der Film bezieht seine Kraft aus der Identifikation der Schauspielerinnen und Schauspieler mit ihrer eigenen Geschichte. So haben sie in Szenen, in denen die Penan Barrikaden errichten, Ereignisse erneut durchlebt, die sie aus ihrem eigenen Leben kennen.

Einer aus dem Team im Dschungel Borneos kannte Manser sehr gut. Er heisst Kaspar Müller, ist Ökonom und ehemaliger Präsident von Ethos, der Schweizerischen Stiftung für nachhaltige Entwicklung. Der Basler wurde Ende der 1990er-Jahre zum engen Freund Mansers. Seit dem Verschwin-

Der Umweltaktivist Bruno Manser in der Zeit, als er mit den Penan auf Borneo lebte.

Archivbild Keystone, 1990

den des Schweizer im Jahr 2000 vertritt er die Rechte des Abenteurers und dessen Familie. Er sagt: «In Borneo fand ich heraus, weshalb Bruno dort mit den Penan so glücklich war – zumindest bis die illegale Ausbeutung der Wälder begann.» Der Ökonom, der heute Banken in Sachen nachhaltiger Entwicklung berät, findet, der Film zeige gut auf, «welches die systemischen Verbindungen zwischen unserer Wirtschaft und derjenigen der Regenwaldstämme sind und wie das Profitdenken stets neue Methoden hervorbringt, um auf natürliche Ressourcen zuzugreifen.» Genau genommen seien «die Feinde des Waldes überall, ohne es selbst zu wissen», sagt dazu im Film Roger Graf, der Direktor des Bruno Manser Fonds (BMF).

Der Film bietet eine romantisierte Vision eines an sich bereits romantischen Lebens. So ist etwa die Liebesgeschichte zwischen Manser und einer Penan Fiktion. Das Treffen Mansers mit dem UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali in New York fand ebenfalls nie statt. Gleiches gilt für seinen Versuch, ein Label von der International Tropical Timber Organization (ITTO) zu erhalten, das die Wälder Borneos schützen würde. «Bruno Manser richtete eine Interpellation an die ITTO, hat aber nie an Labels geglaubt», erklärt BMF-Geschäftsleiter Lukas Straumann. Und: «Der Film ermöglicht es jungen Leuten, Bruno Manser, einen modernen Helden, zu entdecken.»

Was die Wälder von Sarawak betrifft: 90 Prozent der Wälder haben sich seit den 1970ern in Rauch aufgelöst. Das geschlagene Holz hat laut BMF einen Wert von über 50 Milliarden Dollar. Ist alles verloren? Nein. Einige Sekundärwälder wachsen nach. Ausserdem verteidigen die Stämme Borneos ihren Lebensraum heute gestützt auf geografischen Karten, die sie insbesondere dank der Unterstützung des BMF erstellen konnten.

Wie sich die Schweiz von der Pandemie überrollen liess

In der zweiten Corona-Welle blieben Bund und Kantone lange bei einem moderaten Mittelweg, um Wirtschaft und Gesellschaft nicht zu stark einzuschränken. Es gelang damit nicht, die Situation unter Kontrolle zu bringen. Ungewöhnlich viele ältere Menschen starben.



SUSANNE WENGER

Anfang Februar, wenn diese Ausgabe der «Schweizer Revue» erscheint, werden in der Schweiz die Ersten gegen das Corona-Virus geimpft sein. Die Eindämmung der Pandemie dürfte damit einen entscheidenden Schritt weiter sein. Doch im Advent, als diese Zeilen hier entstanden, präsentierte sich die Situation sehr angespannt. Hatte die Schweiz die erste Welle glimpflich überstanden, wurde sie mit der zweiten Welle unerwartet zu einem europäischen Corona-Hotspot. Die Institutionen zeigten sich zerstritten wie selten. Und das altbewährte Selbstbild der Schweiz als ein Ort, wo alles immer funktioniert, bekam Risse. Was war geschehen? Der Versuch einer Rekonstruktion – im Wissen darum, dass nach Redaktionsschluss manches wieder neue Wendungen nehmen würde.

Im Frühsommer endete für den Bundesrat das in Notlagen geltende Recht, praktisch autonom zu entscheiden. Das Krisenmanagement lag somit nicht länger bei ihm, sondern wieder bei den Kantonen. In der föderalistisch organisierten Schweiz sind diese für das Gesundheitswesen zuständig – und sie forderten angesichts der stark zurückgegangenen Infektionszahlen ihre Führungsrolle zurück. Der Bundesrat blieb fortan in der Reserve, mitunter demonstrativ, auch als im Oktober die zweite Corona-Welle anrollte. Die Regionen waren zunächst unterschiedlich betroffen. Mehrheitlich herrschte die Meinung vor, massgeschneiderte Reaktionen vor Ort seien am sinnvollsten.

«Eigener Weg»

Doch die Fallzahlen stiegen drastisch an und erreichten Anfang November mit fast 10 000 Neuansteckungen an einem Tag den Höchststand. Ende Oktober griff der Bundesrat erstmals wieder stärker ein und erliess Regelungen fürs ganze Land, darunter eine Ausweitung der Maskenpflicht und das Verbot von Grossveranstaltungen. Markanter war jedoch, was nicht kam: Auf einen Teil-Lockdown, wie ihn vorab Westschweizer Kantone mit besonders hohen Fallzahlen für ihr Gebiet verfügt hatten, verzichtete der Bundesrat. Restaurants und Läden durften mit gewissen Beschränkungen offenbleiben. Damit unterschied sich die

Schweiz von den Nachbarstaaten, trotz höherer Fallzahlen im Verhältnis zur Bevölkerung. Der sozialdemokratische Gesundheitsminister Alain Berset vertrat den Entscheid der mehrheitlich bürgerlichen Regierung in der Öffentlichkeit. Er sagte, es gehe um einen «eigenen Weg» für die Schweiz. Der Bundesrat wolle die Gesundheit schützen, «aber ohne unnötigen Schaden für Gesellschaft und Wirtschaft». Der Branchenverband Gastrosuisse und der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse zeigten sich erleichtert. Ziel der Behörde war es, die Fallzahlen bis Weihnachten alle zwei Wochen zu halbieren. In einem ersten Schritt gelang dies, die Kurve zeigte im November abwärts.

Belastete Spitäler

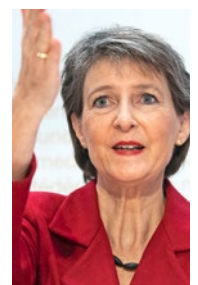
Die Schweiz vermochte sich aber nicht aus der Gefahrenzone zu bewegen, auch weil Deutschschweizer Kantone der Pandemie wenig entgegensetzten, sehr zum Unwillen des Bundesrats. So herrschte im kleinen Land mit seinen 26 Kantonen und Halbkantonen eine verwirliche Vielzahl divergierender Vorschriften. In der Bevölkerung nutzten sich die Appelle an die Selbstdisziplin sichtlich ab. Anfang Dezember stagnierten die Fallzahlen auf hohem Niveau und begannen in fast allen Kantonen wieder anzusteigen. Die Entwicklung belastete die Spitäler und Pflegeheime, die Plätze auf den Intensivstationen wurden knapp. In der Todesfallstatistik hinterliess die zweite Welle tiefe Spuren: Überdurchschnittlich viele ältere Menschen starben an Covid-19. Die Schweizer Corona-Todesrate war im internationalen



**Finanzminister
Ueli Maurer: Güter-
abwägung gemacht.**



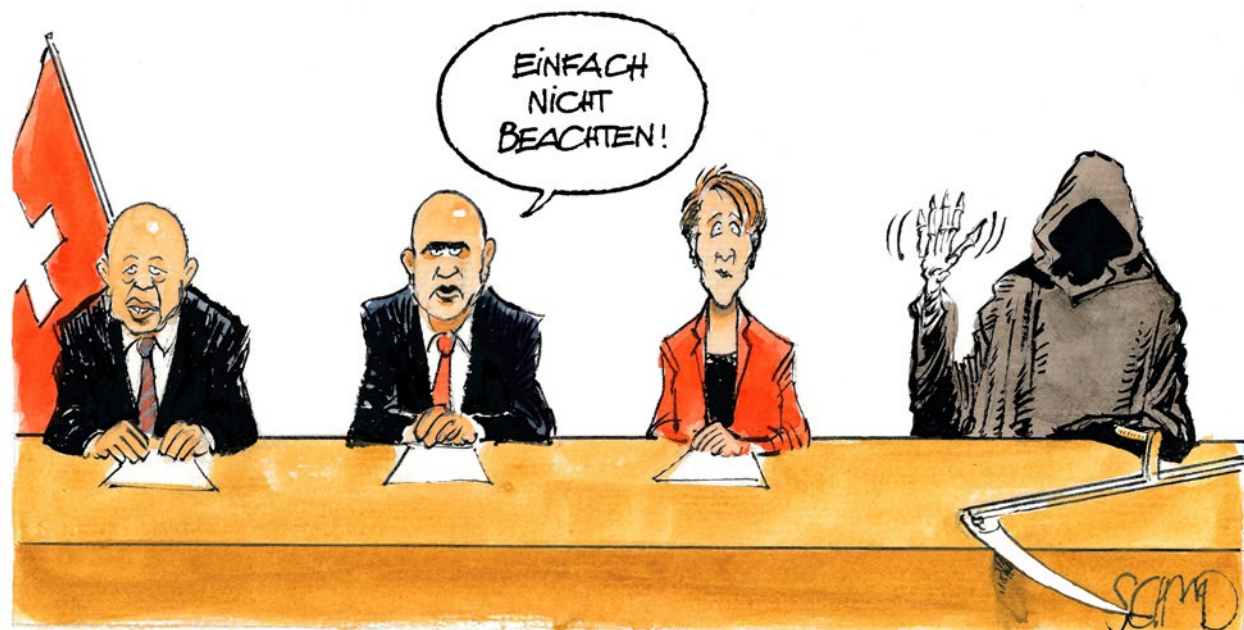
**Gesundheitsminister
Alain Berset: Eigener
Weg gesucht.**



**Bundespräsidentin
Simonetta Sommaruga.**
Fotos Keystone

Vergleich hoch, trotz bestem Gesundheitssystem. Es stürben zum grössten Teil über 80-Jährige, antwortete der Schweizer Finanzminister Ueli Maurer, als er im November darauf angesprochen wurde. Die Regierung habe eine «Güterabwägung» vorgenommen, so der Magistrat der rechtskonservativen SVP. Aus Protest gegen die in ihren Augen gleichgültige Haltung in Politik und Öffentlichkeit zündeten engagierte Bürgerinnen und Bürger auf dem Bundesplatz Kerzen an. Bis zu Weihnachten erlagen seit Beginn der Pandemie weit über sechstausend Menschen dem Virus.

Die Grenzen der Eigenverantwortung in einer hochansteckenden Pandemie, das träge Schweizer Regierungssystem, unkoordinierter Föderalismus, Versäumnisse beim rechtzeitigen Aufbau einer Strategie gegen die zweite Welle, Vorrang kleinteiliger Lobby-Interessen vor epidemiologischer Vernunft, Furcht vor den finanziellen Folgen eines Shutdowns: Das waren Faktoren, die im Inland als Gründe fürs Corona-Debakel genannt wurden. Auch im Ausland blickte man verwundert auf das large Schweizer Pandemie-Regime. Die Weltgesundheitsorganisation äusserte sich tadelnd. Die



Cartoonist Felix Schaad zeichnet – unter dem Eindruck stark steigender Todesfallzahlen.

Erstpublikation 21. November 2020, www.tagesanzeiger.ch

Je mehr sich die Situation zuspitzte, desto kontroverser wurde die Debatte. Nicht nur Epidemiologinnen rieten den Behörden jetzt, die Seuche entschiedener zu bekämpfen, auch Ökonomen taten das. Es nütze der Wirtschaft nichts, wenn die Bevölkerung krank sei. Die politischen Parteien, die sich im Frühjahr alle hinter den Bundesrat gestellt hatten, legten während der Wintersession im Bundeshaus ihre Zurückhaltung ab. SP und Grüne forderten schärfere Massnahmen und eine grosszügigere Abfederung wirtschaftlicher Folgen beim Gewerbe. FDP und SVP hingegen stellten sich vehement gegen restriktive und flächendeckende Eingriffe. Mit Erfolg: Die Schweizer Skigebiete durften öffnen, während Europa noch um eine gemeinsame Regelung rang.

Die Medien hinterfragten den Schweizer Weg zunehmend. «Minimalistische Massnahmen gegen Covid, die Skierte bekommen ihr Weihnachtsgeschäft – welche Werte sind für die Schweiz eigentlich noch unverhandelbar?», fragte das Online-Magazin Republik. «Warten ist tödlich», befand selbst die «Neue Zürcher Zeitung», die das liberale und regional differenzierte Vorgehen gegen die Pandemie grundsätzlich begrüsst. Im Rückblick sei es ein Fehler gewesen, dass Bund und Kantone nicht früher mit griffigen Massnahmen auf den Anstieg der Fallzahlen reagiert hätten.

Schweiz stelle Sparsamkeit vor Menschenleben, trotz tiefter Staatsverschuldung, titelte die renommierte US-Zeitschrift «Foreign Policy». Und das deutsche Magazin «Der Spiegel» beobachtete einen Schweizer Unverwundbarkeitsglauben, der sich wohl historisch erklären lasse.

Der Druck auf den Bundesrat wuchs. Vor den Festtagen schlugen die grossen Spitäler öffentlich Alarm. Das Personal sei erschöpft. Daraufhin nahm die Landesregierung das Heft in die Hand und verschärfte schweizweit die Regeln. Restaurants, Sportanlagen, Museen und Freizeiteinrichtungen mussten schliessen. Zugleich wurden die Finanzhilfen um 1,5 Milliarden Franken aufgestockt. Die Infektionen mussten zurückgehen, beschwor Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga die Bevölkerung: «Es braucht jetzt das ganze Land.» Die Anordnungen waren allerdings nicht frei von Widersprüchlichkeiten. Die Läden blieben offen, die Skipisten in den Tourismuskantonen ebenfalls. Ein kühles Zeichen kam derweil vom Weltwirtschaftsforum WEF, das traditionell in den Bündner Bergen stattfindet. Es verlegte die Hauptveranstaltung 2021 nach Singapur. Die epidemische Lage in der Schweiz war der Wirtschaftselite zu heikel geworden.

Aktuelle Informationen: www.sciencetaskforce.ch

Bärtige Angelegenheiten

50

Klare Zahlen schaffen Ordnung und Sicherheit! Polizisten, die das Bundeshaus bewachen, dürfen seit 1. November 2020 nur noch einen maximal 50 Millimeter langen Bart tragen. Längere Bärte seien eine «sicherheitstechnische Schwachstelle», sagt der Bundessicherheitsdienst. Zu bärtige Polizisten wurden kurzerhand versetzt.

380

Am «Internationalen Alpenbarttreffen» lernen wir hingegen: Die Bartlänge allein ist nicht entscheidend. Pius Sidler, amtierender Champion in der Kategorie «Vollbart naturale Äpler», trägt seinen 380 mm langen Bart vor allem authentisch und würdevoll. Falls Sie Sidler herausfordern wollen: Das nächste Alpenbarttreffen findet am 3. Oktober 2021 in Seewis (GR) statt.

1750

Bis zu 1750 Franken kostet übrigens ein in der Schweiz handgefertigter, wallender Bart aus echtem Büffelhaar, ein Produkt, auf das vor allem Samichläuse schwören. Die unzähligen Schweizer Chlausgesellschaften, die jeweils Zehntausende von Familienbesuche machen, haben aber ein schweres Jahr hinter sich: Ihre Dienste wurden pandemiebedingt seltener beansprucht. Es blieb viel Zeit für die gründliche Bartpflege.

46

Extrem intensiv war und ist dagegen der Einsatz der Krankenpflegerinnen und -pfleger. Trotz allgemeinem Applaus: In keiner anderen Berufsgruppe gibt es aktuell so viele Aussteigerinnen und Aussteiger. Rund 46 Prozent aller Ausgebildeten satteln um, oft bereits in jungen Jahren. Ihr Hauptmotiv: Sie fühlen sich wegen Personalmangels chronisch überlastet. Und jeder Ausstieg verstärkt – den Personalmangel.

1 000 000

In turbulenten Zeiten glänzt das absolut Beständige ganz besonders, – wie zum Beispiel der 1947 in der Schweiz erfundene Rex-Sparschäler. Er verkörpert schlichtes Design, verinnerlichte Sparsamkeit und er ist ein Evergreen: Seit 1969 produziert und vertreibt die Firma Zena Swiss jährlich eine Million des patentierten Küchenhelfers. Sollten Sie an dessen Nützlichkeit zweifeln: Dann fragen Sie Betty Bossi (siehe Seite 14)! ZUSAMMENSTELLUNG: MUL

Die Leserschaft erteilt der «Revue» gute Noten und nennt ihr klare Wünsche

Ein sehr grosser Anteil der Leserinnen und Leser geben der «Schweizer Revue» gute oder gar sehr gute Noten. Viele von ihnen haben zugleich klare Vorstellungen, wie sich das Magazin weiter verbessern könnte. Das zeigt die Auswertung unserer Leserschaftsumfrage.

MARC LETTAU

Welche Eigenschaften zeichnen die «Schweizer Revue» aus? Sie ist glaubwürdig, informativ, berichtet über relevante Themen und sie tut dies politisch ausgewogen und in verständlicher Sprache. So lautet das dominierende Urteil unserer Leserinnen und Leser, das sie während der Leserschaftsumfrage vom Sommer 2020 abgegeben haben. Durchgeführt wurde die Umfrage vom unabhängigen und auf Medienforschung spezialisierten Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschaft (FÖG) der Universität Zürich. Eine Qualität sticht laut Sozialforscher und Umfrageleiter Jörg Schneider im «Zeugnis» der Leserschaft hervor: «Der «Schweizer Revue» wird fast ausnahmslos eine hohe Glaubwürdigkeit zugesprochen.»

Die sehr vielfältige, vielsprachige und über den ganzen Globus verteilt lebende Leserschaft fällt ein positives Gesamturteil: 42 Prozent der Leserinnen und Leser gaben die Bestnote «sehr gut» an, 38 Prozent die Note «gut», weitere 17 Prozent sind mehrheitlich zufrieden – und weniger als 3 Prozent kommen zu einem negativen oder sehr negativen Gesamturteil.

Das jedoch ist das grob gezeichnete Bild. Je nach Geschlecht, Alter und Wohnland schwanken die Bewertungen, allerdings meist geringfügig. So sehen zum Beispiel die unter 25-Jährigen und die über 65-Jährigen die «Revue» insgesamt leicht positiver als die Altersgruppen dazwischen. Und Frauen benoten die «Revue» durchwegs etwas besser als Männer. Auch die geografische Distanz zur Schweiz beeinflusst das Gesamturteil: Wer in Südamerika oder Australien lebt, nimmt die «Revue» noch positiver wahr als jene in der EU, dem Hauptverbreitungsgebiet der «Revue».

Frei von Schwächen ist die «Revue» in den Augen ihrer Leserinnen und Leser nicht. Rund ein Zehntel von ihnen findet, die Gestaltung und Bilderung der «Revue» sei nicht in allen Teilen attraktiv. Online-Leser äussern diese Kritik häufiger als Print-Leserinnen. Zwölf Prozent der Leserschaft ist zudem der Meinung, die «Revue» habe

Die Umfrage in Zahlen

17 000 Leserinnen und Leser haben an der Umfrage der Auslandschweizer-Organisation zur «Schweizer Revue» teilgenommen. Von rund 14 000 Leserinnen und Lesern liegen vollständig ausgefüllte Fragebogen vor. Und 5500 haben sich schriftlich zur offenen Frage «Was fehlt Ihnen in der «Schweizer Revue»?» geäußert. Diese Rückmeldungen und die vollständig ausgefüllten Fragebogen bildeten die Grundlage für die Ermittlung des Urteils der Leserschaft und lieferten Rückschlüsse über deren Wünsche für die Zukunft. (MUL)

politische Schlagseite, sei also nicht ausgewogen. Die eine Hälfte moniert diesbezüglich, die «Revue»-Redaktion sei zu behördennah und ergo zu unkritisch und mutlos. Die andere Hälfte wirft ihr genau das Gegenteil vor: Sie sei zu schweizkritisch, ja geradezu «sozialistisch» agierend. Laut Sozialforscher und Umfrageleiter Jörg Schneider spricht der geringe Anteil der Kritiker und deren Position eher dafür, «dass das kontroverse Feld der politischen Information von der «Schweizer Revue» souverän und zufriedenstellend bearbeitet wird».

Was auf der Wunschliste steht

Die Leserschaftsumfrage 2020 macht Erwartungen sichtbar. Zuoberst auf der Wunschliste der Leserschaft steht in inhaltlicher Hinsicht das Thema «Natur und Umwelt»: Dieses Thema möchte das Gros der Leserschaft stärker gewichtet haben. Am deutlichsten bringen junge Leserinnen sowie Leser im Seniorenalter diese Forderung zum Ausdruck. Aber auch die Altersgruppen dazwischen erachten «Natur und Umwelt» als das mit Abstand prioritärste Thema, gefolgt von gesellschaftspolitischen Fragen. Als Genre ist es die Reportagen, welche die Leserinnen und Leser gerne noch häufiger antröfen. Zudem ist «Information mit Nutzwert» gefragt: Mehr als ein Drittel der Leserschaft möchte mehr konkrete, verständliche Beratung und mehr Tipps erhalten, und zwar sowohl von der Auslandschweizer-Organisation als auch seitens der Bundesbehörde.

Differenzen zwischen Print und Online

Wer die «Revue» auf Papier liest und wer sie online nutzt, bewertet die Leistungen des Magazins grundsätzlich sehr ähnlich. Und sie äussern sehr ähnliche Erwartungen. Gleichwohl unterscheiden sich die beiden Lesertypen stark: Unter den Printleserinnen und -lesern ist der Anteil der «Intensivnutzer» gross, die sehr viele – oder gar sämtliche – Beiträge lesen und deren Inhalte oft in ihrem privaten und beruflichen Umfeld diskutieren. Sowohl Nutzungsdauer wie auch Nutzungsumfang sind bei der Onlineleserschaft deutlich geringer.

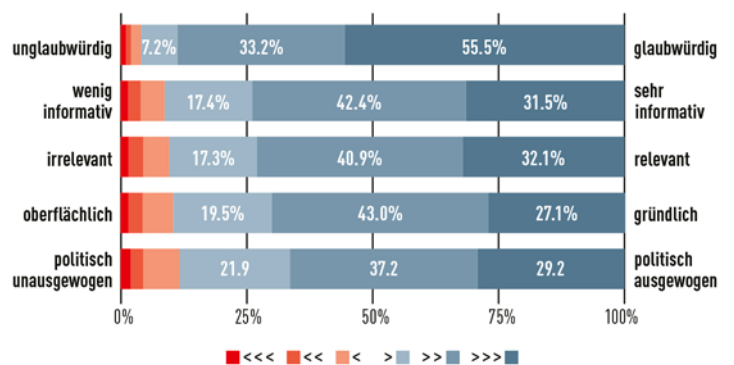
Der emotionale Stellenwert der «Revue»

Die Umfrageergebnisse erklären auch den «emotionalen Stellenwert» der «Revue», also den Nutzen, der über den Informationsgehalt hinausgeht. So geben 70 Prozent der Leserinnen und Leser an, die «Schweizer Revue» verstärke ihre Bindung zur Schweiz. Umfrageleiter Jörg Schneider: «Dies stellt die wichtigste emotionale Leistung dar.» Zwei Drittel der Leserschaft sehen im Magazin zudem eine Orientierungshilfe, weil es «die heutige Schweiz erklärt».

Die «Revue» für viele die einzige Quelle

Die «Revue» ist ein Medium unter vielen. Allerdings sagen 44 Prozent der Leserschaft, ihr reiche die «Schweizer Revue» grundsätzlich als Informationsquelle über die Schweiz aus. Für 28 Prozent ist sie tatsächlich die einzige Informationsquelle, um sich über das Geschehen in der Schweiz zu informieren. Wer für Informationen über die Schweiz nicht nur die «Revue» liest, greift vor allem auf Online-Angebote von Schweizer Zeitungen und Zeitschriften zu (41 Prozent), liest internationale Medien (39 Prozent), nutzt Swissinfo (19 Prozent) und konsultiert Webseiten von schweizerischen Bundesämtern (11 Prozent).

Einige der in der Umfrage häufig gestellten Fragen werden übrigens auf unserer Webseite beantwortet: revue.link/faq. Für zusätzliche Auskünfte: revue@swisscommunity.org



ASO, Jugenddienst und «Revue» mit neuer Online-Präsenz

Seit Anfang Jahr präsentiert die Auslandschweizer-Organisation, die seit Jahresbeginn auch unter dem Label «SwissCommunity» auftritt, alle ihre Angebote auf einer neuen, vereinten Webseite: Sowohl die Angebote der Auslandschweizer-Organisation, wie auch die Inhalte der «Schweizer Revue» und die Informationen des Jugenddienstes sind neu unter www.swisscommunity.org zu finden. Für die Leserinnen und Leser der «Revue» bleibt der direkte Zugang über www.revue.ch erhalten, führt aber auch auf die neu gestaltete, gemeinsame Webseite.

Die neue Webseite enthält nicht nur neue Inhalte und neue Beratungsangebote: Sie ist auch das «Zuhause» einer neuen Auslandschweizer-Community: In dieser Community können sich Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer online untereinander austauschen, Erfahrungen teilen, Tipps einholen und Veranstaltungen ankündigen.

Geplant war der neue Web-Auftritt schon lange. Angesichts der Corona-Pandemie erscheint er aber jetzt in einem neuen Licht, sagt ASO-Direktorin Ariane Rustichelli: «Die Pandemie hat uns verdeutlicht, wie wichtig eine gute digitale Vernetzung geworden ist.» Zu dieser Vernetzung trage die ASO mit ihrem neuen Web-Auftritt bei: «Einerseits stärken wir so die Verbindung und Verbundenheit mit der Schweiz. Andererseits entstehen zusätzliche Vernetzungsmöglichkeiten innerhalb der Fünften Schweiz.» Gleichzeitig mache die Digitalisierung den direkten Kontakt keineswegs überflüssig. Ariane Rustichelli: «Letztlich müssen sich Menschen treffen, das bleibt ganz unbestritten wichtig.» Die verstärkte Digitalisierung mache somit die traditionellen Schweizervereine nicht überflüssig. Eher das Gegenteil sei der Fall: «Sie müssen eher noch präsenter werden.» Die Herausforderung für die Vereine sei, in einer digital stark vernetzten Gemeinschaft, ihre Rolle und ihren Anspruch zu schärfen und zu stärken. (MUL)

Sommerlager für Kinder von 8 bis 14 Jahren

Von Ende Juni bis Ende August 2021 können Auslandschweizer-Kinder in zweiwöchigen Sommerlagern zusammen mit rund 40 anderen Kindern aus der ganzen Welt eine tolle Zeit verbringen und gleichzeitig die Schweiz und ihre Kultur kennenlernen. Es gibt in unseren Ferientagern noch freie Plätze. Die genauen Angaben zur Sommersaison 2021 sowie einen Link zum Anmeldeformular finden Sie unter www.sjas.ch/de/ferienlager (LR)

Stiftung für junge Auslandschweizer (SJAS), Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern
Telefon +41 31 356 61 16, Fax: +41 31 356 61 01, E-Mail: info@sjas.ch, www.sjas.ch

Zu den Sommer- und Winterlagern gibt es 2021 neu Online-Angebote

Dieses Jahr organisiert die Auslandschweizer-Organisation, die jetzt vermehrt unter dem Namen SwissCommunity auftritt, ein Sommer- und ein Winterlager. Erstmals stehen zudem Online-Angebote für junge Auslandschweizerinnen und -schweizer von 15 bis 25 Jahren auf dem Programm.

Angesichts der weltweiten Corona-Pandemie hatte die Auslandschweizer-Organisation die schwierige Entscheidung zu treffen, 2021 weniger Lager als ursprünglich geplant durchzuführen. Organisiert werden nun zwei Lager, eines in den Waadtländer, das andere in den Walliser Alpen. Das Sommerlager findet vom 10. bis 23. Juli 2021 in Château-d'Œx statt, das Winterlager vom 27. Dezember 2021 bis 5. Januar 2022 in Grächen. Selbstverständlich wird die weitere Entwicklung der Pandemielage genau verfolgt: Veränderungen, die sich auf die Lager auswirken, werden laufend auf der Website www.swisscommunity.org veröffentlicht.



Damals noch ohne Maske und Distanzregeln: Lockere Fondue-Szene während des Sport- und Freizeitlagers 2019 in St.-Croix.

Angesichts der Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Organisation von Lagern bietet die Auslandschweizer-Organisation den jungen und im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizern Alternativen an: Erstmals werden Online-Aktivitäten offeriert, die Lernen, Unterhaltung und Beisammensein miteinander verbinden. Auch diese Angebote sind unter www.swisscommunity.org zu finden.

Auslandschweizer-Organisation, Jugenddienst, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz,
Telefon: +41 31 356 61 24, E-Mail: youth@swisscommunity.org,
www.swisscommunity.org

Auslandschweizer-Organisation
Alpenstrasse 26
CH-3006 Bern
Tel. +41 31 356 61 00
Fax +41 31 356 61 01
info@swisscommunity.org

www.revue.ch
www.swisscommunity.org



Unsere Partner:

educationsuisse
Tel. +41 31 356 61 04
Fax +41 31 356 61 01
info@educationsuisse.ch
www.educationsuisse.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Tel. +41 31 356 61 16
Fax +41 31 356 61 01
info@sjas
www.sjas.ch



Stiftung für junge Auslandschweizer
Fondazione per i giovani svizzeri all'estero
Fundaziun per giuven svizzers a l'ester

«Ein Frauenanteil von 40 Prozent wäre ein toller, erster Schritt»

Frauenförderung: Dieses Ziel verfolgt auch die Auslandschweizer-Organisation. Eine konkrete Möglichkeit dazu bieten die Wahlen in den Auslandschweizererrat. Was erhofft sich im Hinblick auf diese Wahlen ASO-Direktorin Ariane Rustichelli?

INTERVIEW: MARC LETTAU



ASO-Direktorin
Ariane Rustichelli:
«Frauenförderung muss auf allen Ebenen und in allen Gremien erfolgen.»

Im Parlament der Fünften Schweiz, dem Auslandschweizererrat (ASR), vertreten 44 Frauen und 76 Männer die Schweizergemeinschaft im Ausland. Sie sagen: Dieser Anteil ist zu gering.

Ja, er ist schon deshalb zu gering, weil die Frauen in der Fünften Schweiz die Mehrheit bilden. Von den 770 000 Schweizerinnen und Schweizern im Ausland sind 54 Prozent Frauen. Es geht aber um mehr als um Prozente: Ein Rat soll die Gemeinschaft, deren Interesse er vertritt, möglichst gut abbilden. Sind Frauen angemessen vertreten, verändern sich auch die politische Agenda, die Diskussionskultur und die Lösungssuche. Wir sehen das zurzeit in der Schweiz. Der Frauenstreik und weitere Initiativen führten dazu, dass 2019 mehr Frauen ins Eidgenössische Parlament gewählt wurden. Die inhaltlichen Folgen werden jetzt sichtbar.

Im Nationalrat sind 42 Prozent Frauen, im Auslandschweizererrat sind es 36 Prozent. Nun soll er auch dort auf über 40 Prozent steigen?

Pragmatisch gesagt: ja. Ein Frauenanteil von 40 Prozent im Parlament der Fünften Schweiz wäre ein toller, erster Schritt.

Und welches wäre der zweite Schritt?

Das eigentliche Ziel lautet 50 Prozent oder mehr, denn es gilt eben die Diversität der Fünften Schweiz im ASR so gut wie möglich abzubilden. Wer Diversität – Vielfalt – gut abbilden will, verfolgt damit übrigens keinen Selbstzweck: Diversität ist immer auch eine

Bereicherung und eine Voraussetzung für bessere und breiter getragene Entschiede.

Mit Frauenförderung allein ist die gesellschaftliche Vielfalt noch nicht abgebildet.

Das ist zutreffend. Wir dürfen auch das Ziel nicht aus den Augen verlieren, die verschiedenen Generationen besser einzubinden. Konkret: Auch die Jungen sind stärker zu integrieren.

Was kann die Auslandschweizer-Organisation punkto Frauenförderung mehr tun, als sich mit Appellen an die Wählerschaft zu richten?

Appelle genügen nicht. Frauenförderung muss auf allen Ebenen und in allen Gremien erfolgen. In der Pflicht sind insbesondere auch die Schweizervereine und die Dachverbände, welche die ASR-Wahlen dezentral durchführen. Nehmen auch sie es mit der Frauenförderung ernst, wird die Zahl der Kandidatinnen steigen. Kandidieren mehr Frauen, werden auch mehr Frauen gewählt.

Die ASO will, dass in Zukunft alle Auslandschweizerinnen und -schweizer eines Landes an den ASR-Wahlen teilnehmen können, unabhängig davon, ob sie in einem Schweizerverein eingeschrieben sind oder nicht. Würde eine solche Direktwahl die Frauen zusätzlich fördern?

Können mehr Frauen wählen und kandidieren, steigen ihre Chancen. So ist es zumindest in der Theorie. Die Praxis zeigt aber, dass ein Systemwechsel alleine nicht ausreicht. Es braucht ein Umfeld, das Frauen ermutigt. Es ist oft noch so, dass sich Frauen weniger legitimiert fühlen, um für ein Amt zu kandidieren. Da schwingen

Eine Wahl rund um den Globus

Seit Januar und noch bis im Juni 2021 werden überall auf der Welt die Delegierten fürs Parlament der Fünften Schweiz, den Auslandschweizererrat (ASR), gewählt. Zu bestimmen sind insgesamt 140 Mitglieder: 120 Delegierte der Schweizergemeinschaften im Ausland und 20 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Inland. Durchgeführt werden die Wahlen dezentral und nicht in allen Ländern nach demselben Modus. Schweizervereine und Dachorganisationen informieren über die von ihnen organisierten Wahlen auf den Regionalseiten der «Schweizer Revue». (MUL)

vielleicht nicht mehr ganz zeitgemässe Rollenbilder mit.

Für 2021 sind diese Überlegungen noch hypothetisch, denn es findet keine Direktwahl statt.

Das ist zutreffend. Direktwahlen gelingen am besten, wenn alle ihre Stimme online abgeben können. Doch die E-Voting-Rückschläge in der Schweiz haben uns zurückgeworfen: Es sind keine staatlichen Lösungen mehr verfügbar. Deshalb setzen wir nun auf ein alternatives Online-Abstimmungssystem. Wir haben es bereits evaluiert. Doch dessen Beschaffung und Einführung braucht Zeit. Unser Vorgehen verdeutlicht aber, wie wichtig die Einführung von Direktwahlen bleibt. Mit gutem Grund: Direktwahlen erhöhen die Repräsentativität und das politische Gewicht des ASR.

Arbeitserfahrung in der Schweiz sammeln

Educatiosuisse berät zu allen Fragen rund ums Thema «Ausbildung in der Schweiz» und gibt auch Tipps zu ersten Arbeitserfahrungen in der Schweiz.

Ein Jahr als Sprachassistentin oder Sprachassistent an einem Schweizer Gymnasium oder einer Berufsfachschule arbeiten?

Junge Studierende oder frische Studienabgänger aus Ländern, in denen Englisch, Deutsch, Französisch, Spanisch oder Italienisch offizielle Nationalsprache ist, können Erfahrung im Lehrberuf in der Schweiz sammeln. Als «Native Speakers» bereichern sie den Sprachunterricht und veranschaulichen kulturelle Aspekte ihres Herkunftslandes. Sprachassistentinnen und -assistenten erhalten einen Lohn, der die Lebenskosten in der Schweiz knapp deckt. Die Bewerbungsfrist für das Schuljahr 2021/22 läuft bis Ende März 2021.

Genauere Informationen zum Programm «Sprachassistentenz» gibts unter ogy.de/movetia oder direkt bei edith.funicello@movetia.ch.

Als Au-pair in der Schweiz arbeiten?

Für junge Auslandschweizerinnen und -schweizer kann ein Aufenthalt als Au-pair in einer Familie mit Kindern eine gute Möglichkeit sein, ihr Ursprungsland besser kennenzulernen. Es gibt keinen grossen Lohn, dafür Kost und Logis und genügend Freizeit, um zum Beispiel einen Sprachkurs zu besuchen.

Verschiedene Organisationen vermitteln Au-pair-Aufenthalte. Eine Adressliste kann bei educatiosuisse bezogen werden.

Einige Wochen auf einem Bauernhof in der Schweiz mithelfen?

Der Verein Agriviva, www.agriviva.ch, vermittelt mehrwöchige Einsätze für junge, bis 25-jährige Menschen aus der ganzen Welt. Gegen Kost und Logis und ein kleines Taschengeld unterstützt man eine Bauernfamilie bei der täglichen Arbeit. Ideal für alle, die gerne aktiv sind, die Natur mögen, eine neue Familie und das Leben auf einem Schweizer Bauernhof kennenlernen möchten. (RG)

Educatiosuisse bietet jungen Auslandschweizerinnen und -schweizern spezifische Beratung rund um das Thema «Ausbildung in der Schweiz». Die Mitarbeiterinnen sprechen Deutsch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Englisch und beantworten Ihre Fragen via E-Mail, Telefon, Skype oder vor Ort in Bern.

educatiosuisse, Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
Telefon +41 31 356 61 04
info@educatiosuisse.ch; www.educatiosuisse.ch



Sprachassistentin Leslie Schmid, Auslandschweizerin aus Kanada, bei Ihrer Arbeit. Foto ZVG



Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt.

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates und so weiter) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.

Der Bundesrat hat am 4. November 2020 beschlossen, dass am 7. März 2021 über drei eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll:

- Volksinitiative vom 15. September 2017 «Ja zum Verhüllungsverbot»;
- Bundesgesetz vom 27. September 2019 über elektronische Identifizierungsdienste (EID-Gesetz, BGEID);
- Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2019 über die Genehmigung des Umfassenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien.

Volksinitiativen

Die folgende eidgenössische Volksinitiative wurde bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «7500 Franken an jede Person mit Schweizer Bürgerrecht (Helikoptergeld-Initiative)» (20. 4. 2022)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen

Verantwortlich für die amtlichen Mitteilungen des EDA:
Konsularische Direktion,
Abteilung Innovation und Partnerschaften
Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz
www.eda.admin.ch, E-Mail: kdip@eda.admin.ch

Die Wahlen in den neuen Auslandschweizererrat

Eine Wahl, bei der nur die Mitglieder bestimmter Vereine wählen dürfen, ist etwa so, wie wenn den Nationalrat nur eingetragene Mitglieder politischer Parteien bestimmen könnten. Es müsste doch ein Leichtes sein, alle im Ausland lebenden Schweizer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu erfassen. Die jeweiligen diplomatischen Vertretungen besitzen doch deren Adressen. Wenn der Auslandschweizererrat repräsentativ sein soll, so müsste man die Botschaften mit der Durchführung der Wahlen beauftragen.

SEBASTIAN RENOLD, BRÜNN/BRNO, TSCHESCHISCHE REPUBLIK

Die Wahl des Auslandschweizererrats ist ausschliesslich eine Angelegenheit von Vereinen. Zitat: «Das aktive Wahlrecht haben alle Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, vorausgesetzt, sie sind Mitglied eines anerkannten Schweizervereins.» Doch die in Vereinen organisierten Auslandschweizer sind eine klare Minderheit innerhalb der im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer. Die von Vereinsmitgliedern bestimmten Räte können somit nie für sich beanspruchen, «die Interessen aller Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer» zu vertreten. Ein demokratisch gewähltes «Parlament der Fünften Schweiz» müsste anders aussehen.

ARTHUR MEYER, WIEN, ÖSTERREICH

Wie klingt der heimliche Boden?



Ein klangvoller Boden ist ein gesunder Boden! Unterirdisch gibt es mehr Biodiversität als oberirdisch. Diese Organismen sind für die Umweltvorteile verantwortlich, die uns unsere Böden verschaffen. Ein sehr guter Artikel der «Schweizer Revue». Es ist wichtig, mehr Bewusstsein für den Boden zu entwickeln, der von Menschen oft nicht geschätzt wird ... von vielen als blosser

Dreck betrachtet wird! Glückwunsch!

CRISTINE MUGGLER, MINAS GERAIS, BRASILIEN

Vielen Dank für diesen interessanten Artikel! Tatsächlich gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen einem Bioboden und einem intensiv bewirtschafteten Boden; Letzterem mangelt es an lebenden Organismen! Dieses Projekt ist faszinierend.

ALAIN BONET, KIBBUZ ZEELIM, ISRAEL

Welch grossartige Forschung! Glückwunsch an die Forscherinnen und Forscher sowie die «Schweizer Revue» für diesen hervorragenden Artikel! Ich selbst bin Agroökologe und Bodenkundler. Meiner Meinung nach können wir diesen Ansatz in der Bodenforschung auch in Brasilien verfolgen.

GILSON WALMOR DAHMER, MATINHOS, PARANÁ, BRASILIEN

Einzigartig, ein neuentdecktes Wunder der Natur! Und für uns ein einmaliges Erlebnis, woraus wir nur lernen können. Besten Dank.

MARIANNE SFINAROLAKI-BÜHLER, KRETA, GRIECHENLAND

Das Warten auf den Rahmenvertrag nach dem Nein zur Begrenzungsinitiative



Ein «beherztes Ja zu den Beziehungen zur EU» ist noch lange kein Ja zu einem Vertrag, welcher vorschreibt, dass eine Partei, nämlich der EU-Gerichtshof, über Streitfälle EU-CH entscheiden würde. Das ist, wie wenn ein Vater eines Buben über den Streit mit einem anderen Buben entscheiden würde. Nein, so verkauft sich die Schweiz sicher nicht. Die Souveränität geht einem luxemburgischen Diktat vor. Gut, dass vor allem die SVP sich dagegen wehrt. Die Häme im Artikel gegen diese immerhin noch grösste Partei müsste nicht sein.

JÜRIG SCHWENDENER, PHUKET, THAILAND

Die politischen Strukturen der Schweizer Demokratie sind Ergebnis der Geschichte und sie sind stark geprägt durch die spezifische Topografie des Landes, also durch das Überleben in den Bergen. Die dafür notwendigen Strukturen und Massnahmen müssen auch heute vor Ort entwickelt, basisdemokratisch getragen werden. Deshalb kann sich die Schweiz nur mit einem Sonderstatus in die EU integrieren.

DORIS THUT, MÜNCHEN, DEUTSCHLAND

Schon interessant, dass die meisten Kommentare zu diesem Thema EU-kritisch sind. Dies spiegelt in keiner Weise die politische Haltung der Auslandschweizerinnen und -schweizer wider. Wer meint, die Zukunftsthemen nationalistisch beziehungsweise politisch rückwärtsgewandt lösen zu können, hat sich meines Erachtens politisch aufs Abstellgleis gestellt.

CHRISTOPH TWERENBOLD, KÖLN, DEUTSCHLAND

IMPRESSUM:
«Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, erscheint im 47. Jahrgang in deutscher, französischer, englischer und spanischer Sprache in 14 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 431 000 Exemplaren (davon 253 000 elektronische Exemplare).

Regionalnachrichten erscheinen viermal im Jahr. Die Auftraggeber von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.
REDAKTION: Marc Lettau, Chefredaktor (MUL); Stéphane Herzog (SH); Theodora Peter (TP); Susanne Wenger (SWE);

Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, verantwortlich für «news.admin.ch»
REDAKTIONSASSISTENZ: Sandra Krebs
ÜBERSETZUNG: SwissGlobal Language Services AG; GESTALTUNG: Joseph Haas
POSTADRESSE: Herausgeber/Sitz der Redaktion/Inseraten-Administration: Auslandschweizer-Organisation,

Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
Tel. +41 31 356 61 10; Bankverbindung: CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECHZ2
E-mail: revue@swisscommunity.org
DRUCK & PRODUKTION: Vogt-Schild Druck AG, 4552 Derendingen.
Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizerinnen und -schweizer erhalten das Magazin gratis.

Nichtauslandschweizer können das Magazin für eine jährliche Gebühr abonnieren (CH: CHF 30.-/Ausland: CHF 50.-). Abonnenten wird das Magazin manuell aus Bern zugestellt.
www.revue.ch

REDAKTIONSSCHLUSS dieser Ausgabe: 29. November 2020

ADRESSÄNDERUNG: Bitte teilen Sie Ihre neue Adresse Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit.



Abstimmungssonntag



CLARE O'DEA:
«Der Tag, an dem die
Männer Nein sagten»
ISBN 978-2-9701445-1-9
119 Seiten, 20 CHF

«Es würde ein ganz besonderer Tag werden. Vreni sah über den Nebel hinweg, der den Bauernhof seit Freitag einhüllte...». Bäuerin Vreni sollte, wie üblich bei einem Abstimmungssonntag, Sandwiches für die Stimmezähler vorbereiten. Doch dieses Jahr ist alles anders, denn sie muss nach Bern ins Frauenhospital fahren, um sich einer Unterleibsoperation zu unterziehen. In der Stadt erwartet sie ihre Tochter Margrit, die dort als Sekretärin arbeitet. Bevor aber Vreni ins Krankenhaus eintreten kann, muss sie ihre Tochter, die sich gegen die sexuellen Übergriffe ihres Chefs nicht zu wehren weiss, noch tatkräftig unterstützen.

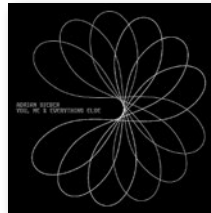
Im Krankenhaus lernt Vreni die Verwaltungsangestellte Beatrice und die Putzfrau Esther kennen. Esther wurde als Kind ihren jenseitigen Eltern weggenommen und ins Heim gesteckt. Später wird auch ihr das Kind weggenommen, das nun als Verdingbub auf dem Bauernhof von Vreni arbeitet. Die ledige Beatrice, aus bürgerlichem Hause, geht in ihrer Arbeit im Krankenhaus auf und sie engagiert sich für das Frauenstimmrecht, über welches an diesem Sonntag im Jahre 1959 entschieden wird.

Die Autorin Clare O'Dea widmet in ihrem Roman «Der Tag, an dem die Männer Nein sagten» jeder der vier so unterschiedlichen Frauen ein Kapitel. An diesem Tag 1959 kreuzen sich ihre Wege mit tiefgreifenden Folgen. Es ist für alle Schweizer Frauen ein wichtiger Tag, denn die Schweizer Männer stimmen zum ersten, aber nicht zum letzten Mal über das Frauenstimmrecht ab. Der Tag wird aus der Sicht dieser vier Frauenfiguren aus verschiedenen sozialen Schichten erzählt. Geschichte verwebt die Autorin ihre Lebensgeschichten miteinander und beleuchtet so die Situation der Frauen in der Schweiz Ende der Fünfzigerjahre. Clare O'Dea setzt dafür eine einfache, äusserst liebevolle Sprache ein. Es sind exemplarische Geschichten von Frauen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen.

Clare O'Dea wurde 1971 in Dublin geboren, wo sie Sprachwissenschaften studierte und als Journalistin arbeitete. Seit 2003 lebt sie in der Schweiz, an der deutsch-französischen Sprachgrenze im Kanton Freiburg, und arbeitet als Autorin, Journalistin und Übersetzerin. 2016 erschien ihr vielbeachtetes Buch «Die wahre Schweiz». «Der Tag, an dem die Männer Nein sagten», ihr erster, kurzer Roman, erscheint gleichzeitig in der englischen Originalversion sowie in deutscher, französischer und italienischer Sprache. Ins Deutsche übertragen, und zwar ausgezeichnet, wurde das Werk von der Übersetzerin und Autorin Barbara Traber.

RUTH VON GUNTEN

Ein Leben nach den Lovebugs



ADRIAN SIEBER:
«You, Me & Everything
Else», Phonag, 2020

Es ist nicht offiziell, aber die Lovebugs, eine der erfolgreichsten Schweizer Popbands der letzten 25 Jahre, sind gerade daran, sich ganz leise und jenseits der medialen Aufmerksamkeit aufzulösen. Zumindest liegt das Projekt auf Eis – auf einer überaus dicken Schicht.

Und was macht der Frontmann, um die vielleicht nie mehr endende Pause zu überbrücken? Er nimmt ein Soloalbum auf. Bereits vor zwölf Jahren veröffentlichte Adrian Sieber ein erstes Werk unter eigenem Namen, jetzt hat der Sänger mit «You, Me & Everything Else» mitten in der Corona-Flaute nachgelegt.

Dass er grosse Melodien schreiben kann, bewies Sieber bereits bei den Lovebugs. Die

Refrains von «Bitter Moon» oder «Music Makes My World Go Round» gehören zum schweizerischen Popkanon. Auf dem neuen Album setzt der Basler nun wiederum auf sein typisch melancholisches, zugleich optimistisches Songwriting. Die Lieder bestechen durch Refrains, die haften bleiben, und durch eine Atmosphäre, die so euphorisch wie zerbrechlich ist, so unmittelbar wie vielschichtig.

Die Arrangements bauen vor allem auf analoge Synthesizer und Schlagzeugmaschinen statt – wie bei den Lovebugs – auf Gitarren. Bereits im Opener «The Soft Revolution» dominieren luftige, anachronistische Synthies, aufdatierte Computerbeats und natürlich eine eingängige Melodie – eine Ästhetik, die sich durch das gesamte Album zieht. Die 1980er-Jahre dringen durch jeden Ton, die Musik seiner Jugend in der Turnhallendisco im Fricktal, wie Adrian Sieber mit einem Augenzwinkern sagt.

Den Traum des Profimusikers konnte Sieber während Jahren leben. Heute ist er Primarlehrer und Familienvater. Die Texte des mittlerweile 47-Jährigen handeln entsprechend vom Älterwerden, von Beziehungskrisen, der zwischenmenschlichen Chemie und dem Leben in einem realen Alltag. Die Zeilen sind stellenweise schwermütig, aber Adrian Sieber wäre nicht er selbst, würde nicht in jedem Song auch eine grosse Portion Hoffnung und Glück durchschimmern.

Das Album gefällt. Nun wartet der Sänger auf das Ende der Pandemie, um sein Werk auf die Bühne bringen zu können. Und wer weiss, vielleicht erwachen auch die Lovebugs noch aus ihrem Dornröschenschlaf.

MARKO LEHTINEN

Livia Leu



Sie hat den schwierigsten Job der Schweizer Diplomatie: Livia Leu muss als neue Chefunterhändlerin des Bundesrates das Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) nachverhandeln. Eine Herkulesaufgabe: Am harten EU-Dossier haben sich schon Leus Vorgänger die Zähne ausgebissen. Doch die 59-jährige Spitzendiplomatin hat in ihrer langen Karriere schon andere heikle Herausforderungen gemeistert. So wurde sie 2008 von der damaligen Aussenministerin Micheline Calmy-Rey auf den Botschafterposten nach Teheran geschickt – als erste weibliche Chefin einer ausländischen Mission in der islamischen Republik. Dort vertrat die Schweizer Botschafterin auch die Interessen der mit dem Iran verfeindeten USA. So setzte sich Livia Leu erfolgreich für die Freilassung von drei jungen US-Touristen ein, die unter dem Verdacht der Spionage zwei Jahre im berüchtigten Evin-Gefängnis schmorteten.

Nach knapp fünf Jahren im Iran kehrte Leu 2013 mit ihrer Familie nach Bern zurück und leitete fortan in der Bundesverwaltung den Bereich Bilaterale Wirtschaftsbeziehungen. 2018 folgte die Berufung auf den prestigeträchtigen Botschafterposten in Paris. Von dort holte sie Bundesrat Ignazio Cassis letzten Herbst wieder zurück ins Aussendepartement. Als neue Unterhändlerin soll Leu frischen Wind in das blockierte EU-Thema bringen. Bei ihrer Vorstellung vor den Medien sprach Leu diplomatisch von einer «grossen Herausforderung, auf die ich mich freue». Von Journalisten nach dem Verhandlungsspielraum in Brüssel gefragt, liess sich die gewiefte Taktikerin nicht in die Karten blicken. Sie verriet nur so viel: Gefragt sei «Verhandlungskreativität». Was das heisst? «Es gibt nicht immer nur ein A oder B.»

THEODORA PETER

Er will sie nicht, er will sie doch

SVP-Tribun und alt Bundesrat Christoph Blocher erhält eine Rente von 1,1 Millionen Franken. Nach seiner Abwahl aus dem Bundesrat im Jahr 2007 erklärte der Milliardär zwar öffentlich, er verzichte auf jegliches Ruhegehalt. Im Juli 2020 forderte er aber doch rückwirkend eine Rente von 2,7 Millionen ein. Die Landesregierung entschied nun, ihm 1,1 Millionen Franken auszuzahlen – und alles vorzukehren, dass in Zukunft vergleichbare Forderungen nicht mehr möglich sind. (MUL)

Schwere Vorwürfe gegen Darius Rochebin

Die «Schweizer Revue» stellte in ihrer letzten Ausgabe den Starjournalisten Darius Rochebin vor – und praktisch zeitgleich wurde publik, dass gegen ihn schwere Vorwürfe erhoben werden. Laut der Zeitung «Le Temps» werfen Mitarbeitende des Westschweizer Fernsehens RTS mehreren Vorgesetzten sexuelle Belästigung vor. Zu den Angeschuldigten zählt Darius Rochebin. Gilles Marchand, Direktor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft und bis 2017 selber RTS-Chef, räumte Fehler ein und forderte die rasche Aufklärung der Missstände. Deren Ergebnisse liegen noch nicht vor. (MUL)

Die CVP nimmt das Christliche aus ihrem Namen

Die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP) trennt sich vom C in ihrem Namen. Die Partei hat im November beschlossen, die CVP werde ab 2021 neu «Die Mitte» heissen. Das Hauptmotiv für die Namensänderung: Ohne das Attribut «christlich» sei es leichter, urbane Wählerinnen und Wähler der politischen Mitte anzusprechen. Hervorgegangen war die CVP aus dem katholisch-konservativen Milieu des 19. Jahrhunderts. Seit 1891 ist die Partei im Bundesrat vertreten. (MUL)

Die BDP fusioniert mit der CVP

Die Schweizer Politik wird um eine Partei ärmer. Die 2008 gegründete Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) wird künftig ebenfalls als «Die Mitte» auftreten, verschmilzt also mit der bisherigen CVP. Schon in den letzten Jahren politisierten CVP und BDP auf nationaler Ebene Seite an Seite. Während die CVP in katholischen Gebieten stark ist, ist dies die BDP besonders in den Kantonen Bern und Graubünden. (MUL)

Die «Ehe für alle» wird Realität

In der Schweiz ist der Weg für die «Ehe für alle» geebnet. Nach dem Nationalrat entschied im Dezember auch der Ständerat, dass homosexuelle Paare in der Schweiz künftig heiraten dürfen. Lesbische Paare sollen zudem per Samenspende Kinder bekommen dürfen. (MUL)

Wir brauchen unser erstes Schnee-Taxi.

Les Clétières, Wallis, © Ivo Scholz



Wir brauchen Schweiz.



Schweiz.

Jetzt den Winter entdecken: [MySwitzerland.com/firsttime](https://www.myswitzerland.com/firsttime)
Teile deine schönsten Erlebnisse mit [#IneedSwitzerland](https://twitter.com/IneedSwitzerland)

